

b unabhängige **auernstimme**



Neues wächst in Europa, ein neuer Kommissar muss die „alte“ GAP konsequenter greenen, ein Saatgutrecht für die Vielfalt schaffen und Gentechnik verhindern



Tausende Menschen demonstrieren weltweit für mehr Klimaschutz und damit auch für eine andere Agrarpolitik. Auch in Potsdam, Dresden und Erfurt



Das Ende der Milchquote darf nicht das Ende einer bäuerlichen Milcherzeugung in Europa bedeuten, Preise und Mengen müssen angepasst werden

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Hartkemeyer

Landwirtschaft gemeinsam



Die Seite 3

Mehr Konsequenz bei Klee und Co 3



Agrarpolitik

Düngeverordnung konkretisiert sich 4

Bodenmarkt schützen 5

Schattiger Schein 17



Milch

Das Quotenende wirft seine Schatten 6



Bewegung

Bäuerliches Engagement 7

Priska Hinz auf Hof Nagel 8

Neuland muss erwachsen werden 10

Saatgut für die Vielfalt 16

Für eine andere Agrarpolitik 18



Schwerpunkt

Der Wert der Landwirtschaft 11

„Man kann nicht genug kommunizieren“ 12

Vom Gutsbetrieb zur Solidarischen Landwirtschaft 12

Gemeinschaftsgetragener Hof als lebenspraktischer Lernort... 13

Willkommen auf dem Wahlbacher Hof 14

Hof gesucht 14

Weitere Themen

Zu Besuch bei Angela Müller und Ernst Steenzen, Seite 9; Land-
leben, Seite 19; Aus fernen Ländern, Seite 20/21; Anzeigen, Ver-
anstaltungen, S 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Sich die Ernte teilen

Als Bauer, der auch ackert, brauch ich gar nicht weit zurückschauen zur Druschzeit in diesem Sommer. Sie ist noch nicht lange zu Ende, diese für viele im Land sehr holprige Getreideernte 2014. Die Vorleistungen waren von der Saat bis zur Reife mit viel Engagement und Herzblut gemacht, so wie ich es von meinen Bauernkollegen auch kenne. Das Wetter verlief dazu schon ungewöhnlich, aber trotzdem sah doch alles gut aus im Frühjahr und auch der Frühsommer versprach den meisten eine gute Entlohnung durch üppig anzuschauende, im Wind wogende Ähren.

Und dann kam es für viele doch anders, denn Unwetter walzten viele tolle Bestände nieder oder die Sommerregenzeit ließ die anstehende Ernte erst gar nicht oder nur schwierig zu. Die üblicherweise abnehmende Hand der Verarbeiter oder des Handels reagiert dann auch noch mit Preisdruck und Abzügen. Mit dem Ganzen dann allein im Regen zu stehen, ist wohl das Gefühl, dem sich schwer zu entziehen ist in dieser Situation.

Vielfalt im Betrieb könnte das Risiko streuen, doch die meisten der übers Land ziehenden Berater empfehlen das Gegenteil. Spezialisierung heißt das angepriesene Modell. Wir kennen die Nebenwirkungen. Sie haben dazu geführt, dass wir in den letzten GAP Verhandlungen der entstehenden Monotonie auf vielen Äckern mit den Auflagen des Greenings begegnen müssen. Gleichzeitig kommen Forderung nach Wachstum der Einzelbetriebe und einem steuerlichen Risikoausgleich für schlechte Jahre auf dem Acker und im Kuhstall.

Doch hat jemand dabei den Bauern und seine Familie, die Menschen, wirklich im Blick? Was ist mit denen, die nicht wachsen aber auch nicht weichen möchten? Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ackert in der politischen Landschaft, um für die bäuerlichen Betriebe etwas zu bewegen. Neben den allgemeinen Rahmenbedingungen gibt es viele individuelle Lösungen, die helfen die Existenz zu sichern.

Eine gar nicht so neue Idee wird gerade zu einer Bewegung, die sich unter anderem auf die Fahne geschrieben hat, die bäuerlichen Betriebe als wichtige Größe zu erhalten. Solidarische Landwirtschaft (SoLawi oder CSA) verbindet einen Hof oder eine Gärtnerei mit Menschen, die sich direkt aus der Region mit ihren Lebensmitteln versorgen wollen. Damit verbunden ist auch der Wunsch, dies mit einer Größenordnung von Betrieben zu tun, für die unsere Agrarpolitik und die Beratung meist zu den Auslaufmodellen gehören. Und zu der Philosophie des Netzwerks „Solidarische Landwirtschaft“ gehört eben auch, sich die Ernte zu teilen. Nicht den Bauern allein zu lassen, sondern ihm auch ein Stück Sicherheit zurückzugeben. Auch das Gefühl stärker mit ihren Lebensmitteln in Verbindung zu stehen, eben auch mal mit den Stiefeln auf dem Acker, motiviert die Mitglieder dieser Solidargemeinschaften. Wenn uns also die GAP nicht viel übrig gelassen hat von angestrebten Reformen, wo sich die Agrarindustrie aktuell mit CETA und TTIP noch stärker auf Welthandel ausrichtet ist es für manchen Betrieb eine erstrebenswerte Möglichkeit, sich aus der Isolation, dem Produktionsdruck zu befreien und solidarisch zu wirtschaften. Wer Freude hat mit Menschen zusammen zu arbeiten, die neben den guten Lebensmitteln vom Hof auch die Arbeit des Bauern selbst wertschätzen und der es sich auch vorstellen kann, seine nächste Anbauplanung mit der Gemeinschaft abzustimmen, für den kann eine SoLawi ein neuer Weg sein, den Betrieb in eine Zukunft mit Wertschätzung und Einkommen zu führen. Die Vielfalt erhalten in der Landwirtschaft wird eine Vielfalt an Möglichkeiten erfordern. Solidarische Landwirtschaft kann davon eine sein.

Bernd Schmitz,

Bundesvorstand Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Mehr Konsequenz bei Klee und Co

Eine Bewertung des Greenings aus Sicht der Leguminosen

Europas Landwirte müssen sich auf neue Regeln für die EU-Agrarförderung einstellen“, so titelten viele Zeitungen am 12. Oktober 2011, dem Tag als die EU-Kommission den Entwurf zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2014 vorstellte. Drei Jahre später wissen wir nun mehr. Ein zäher Prozess neigt sich dem Ende zu. Aber schauen wir noch mal kurz zurück aus dem Blickwinkel der Leguminosen. Der Bundesvorstand der AbL ist mit der Forderung in die Verhandlungen gegangen, die Direktzahlungen an 20 Prozent Leguminosen und maximal 50 Prozent einer Hauptkultur in der Fruchtfolge zum vollständigen Erhalt der Zahlungen zu koppeln. Ein ambitionierter Vorschlag – einfach und wirksam – ein Thema war gesetzt. Letztendlich sind es keine 20 Prozent geworden – aber auch die „großen“ Landwirtschaftsverbände kamen nicht mehr um die Leguminosen herum. So drängten am Ende sogar der Westfälisch-Lippische und der Rheinische Landwirtschaftsverband in einer gemeinsamen Presseerklärung an Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel, diesen dazu, alle heimischen Eiweißpflanzen im Rahmen des Greenings zuzulassen.

Möglichkeiten

Aber was wird denn nun zugelassen? Auf den fünf Prozent Ökologischen Vorrangflächen gibt es Artenlisten für den Hauptfrucht- und Zwischenfruchtanbau (mehr dazu unter www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de). Die Unterscheidungen liegen darin, dass auf den Hauptkulturflächen eine Ernte generell zugelassen ist, natürlich ein längeres Zeitfenster gilt und dementsprechend der Gewichtungsfaktor mit 0,7 höher ist als bei Zwischenfrüchten mit 0,3. Das heißt zur Anerkennung von 1 Hektar Ökologischen Vorrangflächen muss man etwa 1,4 Hektar Hauptfruchtleguminosen anbauen oder 3,3 Hektar Zwischenfruchtleguminosen. Was für die Praxis von Bedeutung sein dürfte ist die Tatsache, dass bei den Leguminosen für den Hauptfruchtanbau zwar Mischungen zugelassen sind, aber da die Artenliste keine Gräser beinhaltet Gemenge für den Feldfutterbau wie Klee- und Luzernegrasmengemenge nicht erlaubt sind. Dies ist sicherlich nicht nur aus Sicht der Milchviehbetriebe bedauerlich, die hier auf eine nahrhafte Rohproteinquelle gehofft hatten, sondern hätte auch

einen großen Beitrag zu einer besseren Bodenfruchtbarkeit geleistet. Luzerne und Rotklee-Reinsaat-Bestände werden sicherlich aufgrund ihrer schlechteren Siliereigenschaft nicht so häufig zum Anbau kommen. Bei den Leguminosen für den Zwischenfruchtanbau sind Mischungen aus mindestens zwei Arten dagegen vorgeschrieben. Eine Nutzung im Antragsjahr ist mit Schafen und Ziegen erlaubt, Rinder dagegen sind nicht zulässig. Inwieweit es zu Nutzungsoptionen im Folgejahr kommen kann, die Zwischenfrucht darf nicht vor dem 15. Februar umgebrochen werden, ist noch nicht abschließend geklärt.

Agrarumweltmaßnahmen

Interessant sind die Möglichkeiten des Anbaus von Leguminosen und Legumi-

des noch laufenden Genehmigungsverfahrens seitens der EU, haben beide Bundesländer dazu veranlasst, die „Vielfältigen Kulturen im Ackerbau“ erst einmal wieder auszusetzen. Eine Evaluierung und eine mögliche neue Antragsphase sind für das kommende Jahr vorgesehen. Das sind keine erfreulichen Nachrichten für die Ausdehnung des Leguminosenanbaus, da diese Maßnahme gerade in Kombination mit den Möglichkeiten auf den Ökologischen Vorrangflächen für die Praxis attraktiv sein dürfte. Die Leguminosen auf den Ökologischen Vorrangflächen und die innerhalb der „Vielfältigen Kulturen im Ackerbau“ sind verrechenbar. Es wird in diesem Fall mit einem Abzug von 20 Euro je Hektar Ackerfläche bei den „Vielfältigen Kulturen im Ackerbau“ gerechnet.

Jahres auf einer Ackerbaufachtagung des DBV die Rede gewesen. Dies kann durchaus bezweifelt werden, da die höchste Attraktivität zum Anbau von Leguminosen aufgrund der EU-Agrarreform wohl nur in Kombination von Greeningumsetzungen und der Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ gegeben ist. Es gibt neben den agrarpolitischen Förderbedingungen sicherlich genügend Gründe, Arten aus der Familie der Hülsenfrüchte anzubauen. Ergebnisse von „Vom Acker in den Futtertrog“ und anderen Projekten weisen daraufhin. Aber um die Leguminosen in die alltägliche Praxis zu integrieren, bedarf es konsequenterer Umsetzungen, als das was bisher politisch bewegt wurde. Besonders die vielen Möglichkeiten auf den Ökologischen



Schöne Erbsen sind nicht nur was für Prinzessinnen

Foto: Menzler/BLE

nosengemengen im Rahmen der Agrarumweltmaßnahme „Anbau vielfältiger Kulturen im Ackerbau“. Alle Länder haben die Möglichkeit solche Programme, die einen Mindestumfang von zehn Prozent Leguminosen beinhalten, anzubieten. Diese, von einigen Bundesländern schon seit längerer Zeit angebotene, Agrarumweltmaßnahme kann unter den neuen Förderkonditionen mit bis zu 125 Euro je Hektar Ackerfläche für viele Betriebe interessant sein. Dies haben auch die Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu spüren bekommen, die diese Maßnahme das erste Mal angeboten haben und von dem Run aus der Praxis überrascht wurden. Dies und Planungsunsicherheiten aufgrund

Bewertung

An dieser Stelle soll auf die verpassten Chancen und die unzähligen Verwässerungen von unterschiedlichen Interessensvertretungen nicht weiter eingegangen werden. Nur kurz sei erwähnt, dass WissenschaftlerInnen des von Thünen Institut keinen nennenswerten Zusatznutzen für die Bereiche Biodiversität, Gewässer- und Klimaschutz erwarten und das Greening „Ein grünes Deckmäntelchen“ nennen. Für die Praxis wird unter den genannten Möglichkeiten von unterschiedlichen Stellen ein enormer Anstieg des Leguminosen- besonders des Körnerleguminosenanbaus prophezeit. Von einer Verdreifachung der Anbaufläche ist im Sommer dieses

Vorrangflächen ohne Leguminosen und der Rückzug der „Vielfältigen Kulturen im Ackerbau“ in einigen Bundesländern werden die Ausdehnung der legumen Anbaufläche moderat halten. Für eine wirkungsvolle und dauerhafte Anbauausdehnung braucht es ein breites Bündel an flankierenden Aktivitäten in den Bereichen Pflanzenbau, Züchtung, Erfassung, Vermarktung und Verwertung. Hier müssen die jeweiligen Bundesländer und der Bund nachbessern, um den Weg in eine zukunftsfähige und gentechnikfreie Eiweißfuttermittelerzeugung aus nachhaltigen Quellen zu ebnet.

Christoph Dahlmann, AbL-NRW
„Vom Acker in den Futtertrog“

Düngeverordnung konkretisiert sich

Sie soll das Grundwasser schützen, könnte aber zu erheblichen Investitionen führen und den Strukturwandel anheizen

Kein prima Klima

Klimaschutz als Thema schien schon kaum mehr noch Menschen hinter dem Ofen hervor zu locken. Aber, weit gefehlt, im Vorfeld des Ende September in New York abgehaltenen UN-Sonderklimakipfels, gingen hunderttausende Menschen weltweit für mehr Klimaschutz auf die Straße. In New York waren es alleine 300.000, angeführt vom neuen UN-Friedensbotschafter für den Klimaschutz, dem Schauspieler Leonardo di Caprio, der später dann auch die Konferenz eröffnete, und dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore. Auch in Berlin zogen rund 10.000 Demonstranten vors Brandenburger Tor. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zwar nicht am Gipfel teilgenommen, aber große Worte der Großen der Welt gab es trotzdem. Alle beschworen den Zwang zu handeln, US-Präsident Barack Obama auch die besondere Verantwortung der großen und reichen klimazerstörenden Nationen voranzugehen. Letztendlich geht es um Geld, der Grüne Klimafonds der Uno, der vor immerhin fünf Jahren beschlossen wurde, soll bis Jahresende eigentlich zehn Milliarden Dollar enthalten. Ab 2020 sollen dann sogar jährlich 100 Milliarden Dollar bereitstehen, um ärmeren Ländern bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen. Doch bisher haben die Staaten lediglich 2,3 Milliarden zugesagt, sagte Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon in New York. Eine Milliarde sagte die deutsche Teilnehmerin, Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), zu. cs

Zukünftig sollen die Nährstoffströme der einzelnen Betriebe mittels einer Hoftorbilanz erfasst werden. Dies, so berichtet die FAZ, sei das Ergebnis der Abstimmungen zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium. Die Einführung ist in drei Jahren geplant. „Die Hoftorbilanz soll zunächst für größere Betriebe mit hohem Viehbesatz zum 1.1.2018 verpflichtend eingeführt werden.“ Bei der Hoftorbilanz werden die Stickstoffmengen gemessen, die in einen Agrarbetrieb über Dünger oder das Tierfutter hineingelangen, bzw. den Hof in Form landwirtschaftlicher Produkte wieder verlassen. Die Differenz, so die Annahme, muss auf dem Acker verblieben sein. Aus Einfuhr und Ausfuhr berechnet sich der Stickstoffüberschuss. Hier soll ein neuer Grenzwert eingeführt werden. Einen möglichst hohen Wert fordert hier der Bauernverband, ohne konkrete Zahlen zu nennen. Im Verordnungsentwurf wird ein zulässiger Überschuss von 60 kg N/ha und Jahr angeführt, der ab 2020 auf 50 kg N/ha und Jahr reduziert werden soll. Das Umweltbundesamt fordert eine schrittweise Reduktion auf 30 kg N/ha und Jahr. Eine deutlich schnellere Reduzierung der Überschüsse verlangt die EU-Kommission: Von 2014 bis 2017 eine Reduktion auf 40 kg N/ha und Jahr.

Hausaufgaben

Die Düngeverordnung regelt nicht nur die gute fachliche Praxis der Düngung und das Vermindern von stofflichen Risiken durch die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln, sie ist zugleich auch die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie (Richt-

linie zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen, 91/676/EWG - NRL). Die jetzt anstehende Überarbeitung erfolgt auf Druck der EU, die bezüglich eines ersten Entwurfs vom Juli dieses Jahres zu dem Schluss kommt: „Die KOM ist der Auffassung, dass weder derzeitige noch geplante Maßnahmen ausreichend zur Erfüllung der Richtlinie sind. Und die Gesamtanalyse legt nahe, dass die geplanten Maßnahmen nicht ambitioniert genug sind, den Trend in der Wasserqualität umzukehren! Deutschland rechnet mit einer Verringerung von 15 bis 20 % der Nitrattüberschüsse, stützt die Berechnungen aber nicht auf wissenschaftliche Daten und gibt keinen klaren Zeitplan für die Verbesserung der Wasserqualität.“ Um ein Vertragsverletzungsverfahren und Strafzahlungen zu vermeiden, musste die Bundesregierung ihren Entwurf nacharbeiten. Die Einführung der Hoftorbilanz ist eine der erfolgten Änderungen.

Forderungen der jungen AbL

Die junge AbL hat zur neuen Verordnung gemeinsam mit der AbL Hessen ein Positionspapier erarbeitet. Darin unterstützt sie die im Verordnungsentwurf enthaltene Regelung, die für Betriebe mit einem Viehbesatz von drei Großvieheinheiten pro Hektar eine Lagerkapazität für Gülle von neun Monaten festschreibt. Gleichzeitig fordert sie aber die Möglichkeit von Kooperationen innerhalb eines Radius von 50 km. Um die Wirtschaftsdünger in der ökonomischen Beurteilung gegenüber den Mineraldüngern aufzuwerten, schlägt die junge AbL die Einführung einer Stickstoffsteuer vor. Diese könnte dann auch auf

Wirtschaftsdünger angewandt werden, die über eine Entfernung von mehr als 50 km verbracht werden. Damit würden regionale Stoffkreisläufe aufgewertet.

Festmist

Von der EU-Kom wurde bemängelt, dass für Festmist in Abhängigkeit zur Klimazone kein Ausbringungsverbot von vier Monaten vorgesehen ist und entsprechende Vorgaben für die Lagerung von Festmist derzeit in der DüV fehlen. In dem jetzt vorliegenden Entwurf ist daraufhin festgeschrieben worden, dass ab dem 1. Januar 2018 eine Lagerkapazität für mind. 4 Monate vorhanden sein muss. Darüber hinaus wird eine Sperrzeit auf Ackerland vom Ende der Ernte bis zum 31. Januar und auf Grünland vom 1. November bis zum 31. Januar festgeschrieben. Diese gelten für Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff. In seiner Bewertung des Entwurfs merkt der Agrarpolitische Sprecher der Grünen, Friedrich Ostendorff, an: „Es bleibt zu prüfen, ob eine derartige Regelung der Ausbringung für Festmist aus umweltpolitischen Gründen notwendig ist, weil der im Festmist vorhandene Stickstoff langsam am Boden abgegeben und erst durch Umsetzungsprozesse im Boden für die Pflanze verfügbar wird.“ Gleichzeitig mahnt er an, den aktuellen Prozess zu nutzen, um eine rechtliche Grundlage zu schaffen, die bereits in den Landesbehörden zur Verfügung stehenden Daten über Nährstoffströme für ein bundeseinheitliches Nährstoffmanagement zugänglich zu machen. Dies ist bisher aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich.

Kein Chemielager

Kritik kommt vom Bundesverband der Milchviehhalter, der vor allem auf die im neuen Entwurf vorgesehene Nachrüstpflicht für bestehende Anlagen mit Leckagesystemen abzielt. Viele bestehende Anlagen, so der Verband, seien technisch nicht nachzurüsten. Eine ebenfalls vorgesehene gutachterliche Bewertung des Bestands würde eine absolute Leerung der Grube voraussetzen und scheint ebenfalls unmöglich. Betroffen wären von dieser Regelung vor allem ältere Betriebe. Gemeinsam mit der Regelung nach einer viermonatigen Lagerkapazität für Festmist und dem Auslaufen der bisherigen Möglichkeit diesen bis zu einem halben Jahr am Feldrand zu lagern, könnten diese Anforderungen vor allem kleinere Betriebe vor große Investitionen stellen und mittelfristig zu einem zusätzlichen Argument werden, den Betrieb aufzugeben.



Bei Obergrenzen für Mineraldünger lohnt nicht immer der ganz große Streuer

Foto: Amazone

Bodenmarkt schützen

Bund-Länder-Arbeitsgruppe benennt aktuelle agrarstrukturpolitische Ziele

Im Zwischenbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Bodenmarktpolitik, der anlässlich der Agrarministerkonferenz (AMK) Anfang September veröffentlicht wurde, steht: „Die Verwaltungspraxis bzw. die Rechtsprechung im Bereich des Bodenrechts kann sich (...) kaum auf aktuelle Aussagen zur Bodenmarkt- bzw. Agrarstrukturpolitik in den Veröffentlichungen (...) des Bundes und der Länder beziehen.(...) Vor dem Hintergrund neuerer Entwicklungen auf den landwirtschaftlichen Bodenmärkten sowie der geän-

der Direktor des Thünen-Instituts für Ländliche Räume, Professor Peter Weingarten, im Interview mit dem Informationsdienst *Agrar-Europe* anschließen. Er geht ansonsten von einem funktionierenden Bodenmarkt aus und sieht bei möglichen Gesetzesänderungen das Risiko einer Überregulierung, „die dazu führen kann, dass der Boden nicht mehr zum besten Wirt wandert“. Allerdings mahnt er eine grundsätzliche Diskussion um agrarstrukturelle Leitbilder an. Inhalte, die sich auf Eigentumskonzentration und Unternehmensgröße



Auf gerechte Flächenverteilung achten

Foto: STMELF-Bayern-Bodenmanagement

dernten Problemwahrnehmung ist es daher notwendig, eine aktualisierte Formulierung bodenmarktpolitischer Ziele vorzunehmen.“ Zuletzt hat das Bundeslandwirtschaftsministerium seine Zielsetzungen im Agrarbericht des Jahres 1990 dargestellt.

Marktbeherrschende Position

Sieben zukünftige Ziele hat die Arbeitsgruppe formuliert, zu denen im Endbericht für die Frühjahrs-AMK 2015 dann konkrete Handlungsoptionen stehen sollen. Zum einen gehe es darum, eine breite Streuung des Bodeneigentums sicherzustellen. Außerdem müsse eine marktbeherrschende Position einzelner Personen oder Unternehmen auf regionalen Bodenmärkten vermieden werden. Vorrang beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen sollten LandwirtInnen einschließlich Neueinsteigern haben. Um die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft zu sichern, müsse auch durch eine entsprechende Bodenmarktpolitik die Übernahme oder Gründung von Betrieben durch Junglandwirte erleichtert werden. Der Anstieg von Kauf- und Pachtpreisen solle begrenzt werden. Die landwirtschaftliche Nutzung der Agrarflächen müsse Vorrang haben und die Inanspruchnahme für andere Zwecke reduziert werden. Die Informationslage und Markttransparenz für den Bodenmarkt bedürfe einer Verbesserung. Dem letzten Punkt sowie der Vermeidung marktbeherrschender Stellungen kann sich auch

beziehen, könnten bei der Rechtsprechung zum Grundstückverkehrsgesetz berücksichtigt werden. Dabei nennt er den Rechtsbegriff „ungesunde Landverteilung“ als größte Stellschraube, dessen Konkretisierung jedoch eine politische Herausforderung sei. Eine aktuelle, angepasste Formulierung fordert an dieser Stelle auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in ihrem Positionspapier zu Bodenrecht und -politik. Da bäuerliche Betriebe durch stark steigende Kauf- und Pachtpreise sowie intransparente Marktvorgänge gefährdet seien, ist eine überarbeitete Regulierung des Bodenmarktes aus ihrer Sicht notwendig.

Sichere Rechtsgrundlage

Der besondere Regelungsbedarf des Bodenmarktes kann sowohl auf Formulierungen der Vereinten Nationen als auch auf eine Erklärung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes von 1967 zurückgeführt werden: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögenswerten.“

cw

Gentechnikfreiheit überregional verankern

Nach dem Beschluss der EU-Agrarminister, individuelle Gentechnik-Anbauverbote in den einzelnen Mitgliedstaaten zuzulassen, geht es nun um die Ausgestaltung. Auf der jüngsten Agrarministerkonferenz in Potsdam fiel der einstimmige Beschluss der Länderminister, den Bund aufzufordern nationale Anbauverbote zu erlassen falls es durch die EU zur Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen kommt. Außerdem bitten die Minister die Bundesregierung, „bei künftigen Abstimmungen im Rat der EU über Anbauzulassungen von GVO mit Ablehnung zu stimmen, wenn die Opt out-Möglichkeit genutzt werden soll.“ Die Länderagrarminister fürchten, wie auch Umwelt und Bauernorganisationen, einen Flickenteppich an Regionen mit und ohne Gentechlerlaubnis, sollte sich die Haltung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) durchsetzen, der nichts gegen eine regionale Ebene für die Anwendung der sogenannten Opt-Out-Regelung hat. Dass er damit die Gentechnik mehr fördert als behindert kommt ihm wahrscheinlich nicht ganz ungelegen. Dass bei der Opt-out-Regelung auch die entscheidende Beteiligung der Gentechnik-Konzerne zweifelhaft ist, betonte einmal mehr das Umweltministerium in NRW anlässlich der Übernahme der Präsidentschaft des Europäischen Netzwerks gentechnikfreier Regionen für die nächsten zwei Jahre. cs

Handel weltweit unterschiedlich

Von der EU-Kommission wurde die Anhörung einer Bürgerinitiative gegen das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA aus formellen Gründen abgelehnt. Das breite gesellschaftliche Bündnis aus 240 Organisationen plant nun die Klage dagegen vor dem europäischen Gerichtshof (EUGH), hat aber ungeachtet der Ablehnung seine Arbeit aufgenommen, sammelt Unterschriften und plant einen Aktionstag am 11 Oktober. Während in Europa nicht wenige Menschen die Liberalisierung der Märkte fürchten, weil sie gerade die im Agrarbereich hohen europäischen Standards als gefährdet ansehen, fordern die führenden Verbände der Schweineproduzenten in den USA, Kanada, Australien, Chile, Mexiko und Peru eine weitest mögliche Liberalisierung des globalen Handels mit Schweinefleisch. Dies brachten sie vorletzte Woche in einem gemeinsamen Offenen Brief an die Verhandlungsführer der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) zum Ausdruck. Darin fordern sie nach Angaben des mitunterzeichnenden US-Verbandes National Pork Producer Council ein umfassendes Freihandelsabkommen, das keine Ausnahmen für Sektoren oder Produkte beinhaltet, insbesondere nicht für den Agrarsektor. cs

Sachsen-Anhalts Initiative im Bodenmarkt

Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens plant in einem neuen, landeseigenen Agrarstruktursicherungsgesetz die Inhalte des bisher gültigen Bundesrechts (Grundstückverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz und Reichssiedlungsgesetz) zu vereinen und anzupassen. Als Grundlage soll ein agrarstrukturelles Leitbild formuliert und aufgenommen werden, um die Auswirkung von Maßnahmen bewerten zu können. Vermieden werden sollen regionale Vermögens- und Bodenkonzentrationen. Die Veräußerung ganzer Betriebe oder Anteile soll geregelt und kontrolliert werden können. Dem Pressedienst *Agrar Europe* teilte der Minister mit, dass erste Entwürfe bis Ende 2014 geplant sind. Das Bodenrecht ist im Zuge der Föderalismusreform in den Kompetenzbereich der Länder verschoben worden; solange keine eigenen Gesetze geschaffen werden, gelten die vorhandenen rechtlichen Regeln des Bundes. Bisher hat nur Baden-Württemberg einen eigenen Rechtsrahmen geschaffen. Uneinigkeit besteht zwischen den Landesministerien, ob neue Gesetze aufeinander abgestimmt werden sollten oder nicht. Aeikens geht voran, weil er unterschiedliche, länderspezifische Probleme betont und eine Abstimmung nicht für nötig hält. cw

Das Quotenende wirft seine Schatten

Sind die aktuellen Preisentwicklungen und Überlieferungen schon vom Quotenende 2015 beeinflusst?

Agrarökologie bei der FAO

Das Konzept wird seit Jahrzehnten praktiziert und erforscht, ist aber trotzdem vielen neu. Oft wird es mit dem ökologischen Landbau gleichgestellt, was falsch ist, oder mit „nachhaltiger Intensivierung“ (mehr mit weniger Ressourcen produzieren) verwechselt. Als Basis gilt aus dem Erfahrungsschatz von Bäuerinnen und Bauern die Anwendung fünf ökologischer Prinzipien: u.a. das Recyclen von Biomasse, die Schaffung günstiger Bodenbedingungen, insbesondere durch die Erhöhung der organischen Substanz und Bodenaktivitäten sowie die Minimierung von Verlusten. Strategisch zentral ist dabei, die Vielfalt auf dem Feld und in der Landschaft wiederherzustellen. Ein wichtiges Ziel ist die Neubelebung der bäuerlichen Betriebe und die Umgestaltung der Agrarpolitik und Ernährungssysteme in einer Weise, die wirtschaftlich tragfähig und sozial gerecht für Bauern und Bäuerinnen und VerbraucherInnen ist. Vom 18.-19. September 2014 fand eine internationale Konferenz der FAO (Welternährungsorganisation) zur Agrarökologie in Rom statt.

Marita Wiggerthale, ganzer Bericht auf blog.oxfam.de

Schon seit einigen Monaten warnen die Marktbeobachter vor einer gewaltigen Überlieferung der Milchmenge in Deutschland. Es könnte das letzte Jahr sein, in dem die Mengen durch die Quoten reguliert werden. Es könnte eine Aufbruchstimmung sein, die schon jetzt zum „Durchstarten“ einzelner Betriebe und zur Überlieferung in diesem Jahr führt. Auf bis zu 10 Cent/kg werden sich die anteiligen Kosten für die Superabgabe im Milchwirtschaftsjahr 2014/15 nach den aktuellen Zwischenberechnungen des Verbandes der Milcherzeuger Bayerns für jede einzelbetriebliche Überschreitung belaufen. Im vergangenen Milchwirtschaftsjahr wurde die Quote um 1,9 Prozent überliefert. In diesem Jahr sind es aktuell 4,4 Prozent. Da im gesamten Bundesgebiet die Milchproduktion zugenommen hat, rettet auch die Saldierung nicht. Einzig ein innerbetriebliches Zurückfahren der Milchproduktion kann überliefernde Betriebe vor hohen Zusatzkosten bewahren.

Milchpoker

Ob im letzten Quotenjahr eine Superabgabe überhaupt eine rechtliche Grundlage besitzt, wird indes unter anderem vom Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Deutschen Bauernverband angezweifelt. Die Argumentation: Die Quote endet offiziell mit der ersatzlosen Aufhebung der

milchquotenrechtlichen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 am 31.3.2015. Damit fiel eine rechtliche Grundlage für die Superabgabe nach diesem Termin weg. Die Bescheide zur Zahlung der Superabgabe könnten aber erst nach dem 31. März 2015 verschickt werden, hätten aber dann keine rechtliche Grundlage mehr. Der juristische Dienst der EU-Kommission allerdings kommt zur gegenteiligen Einschätzung und verweist auf den Europäischen Gerichtshof zur endgültigen Klärung. Es scheint also durchaus die Möglichkeit zu bestehen, dass expansionswillige Betriebe sich schon in diesem, letzten Quotenjahr durch Aufstockung und damit Überlieferung in eine gute Position für die Zeit nach der Quote bringen, ohne sanktioniert zu werden.

Wachsen als Rettung

Der Weg in immer größere Einheiten scheint immer noch für viele Betriebe eine Zukunftsperspektive darzustellen. Die aktuellen Preisentwicklungen sollten indes nachdenklich machen. Denn auch dann müssen Kosten erwirtschaftet und Löhne gezahlt werden. Dr. Theo Göbbel von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen warnt vor möglichen negativen Preisentwicklungen. Milchbauern sollten statt mit derzeit ca. 40 Cent Milchpreis (inkl. Zuschläge, ohne Mehrwertsteuer) vor-

sichtshalber mit 30 Cent kalkulieren. Neben 850 Euro weniger Einnahmen bei einer Kuh mit 8.500 Litern Leistung rechnet Göbbel mit Mindereinnahmen von 300 bis 500 Euro durch niedrige Erlöse aus dem Schlachtkuh- und Kälberverkauf. Zehn Cent Differenz, Panikmache oder bevorstehende Realität? Die Vergangenheit zeigt, dass schnelle Preisänderungen möglich sind.

Freier Markt

Bisher sollte die Quote zumindest den Milchpreis zu einer kalkulierbaren Größe machen. Die nie am tatsächlichen Verbrauch ausgerichtete, sondern immer zu hohe Milchquote hat diese Aufgabe schon in ihrem 30-jährigen Bestehen nicht erfüllt. Die vom European Milk Board (EMB) ausgearbeiteten Veränderungen, eine kurzfristige Anpassung der Produktionsmenge am tatsächlichen Verbrauch, waren politisch nicht gewollt. Die Forderung des Verbandes, die Milchproduktion verantwortlich von den Milchbauern selbst zu organisieren, um so auskömmliche Preise zu realisieren, war auch innerhalb der Milchbauern umstritten.

Ciolos Erbe

Den freien Markt, der von Seiten des deutschen (DBV) und europäischen Bauernverbands (COPA-COGECA) immer wieder als Argument zur Abschaffung der Quote genannt wurde, macht diesen selbst aber offenbar auch Sorge. Zumindest fordert COPA-COGECA: „Die Kommission soll erörtern, wie Preisvolatilitäten zukünftig begegnet wird.“ Nach der Nominierung des Iren Phil Hogan zum neuen EU-Agrar-Kommissar warnt das EMB vor einem Kurswechsel in der Milchpolitik. „Ciolos hat wichtige Themen – wie die Beobachtungsstelle für den Milchmarkt – angepackt und umgesetzt. Und ihm ist auch die Kommunikation mit den Organisationen wichtig, die die Erzeuger wirklich vertreten“, sagt Erwin Schöpges, Vorstandsmitglied des EMB. Auch für die EMB-Vizevorsitzende Sieta van Keimpema ist es wichtig, dass der neue Kommissar die begonnene Arbeit zu Ende führt. Sie verweist auf den russischen Importstopp, der zeige, dass es nötig ist, Instrumente zur Verfügung zu haben, um auf derartige Marktverwerfungen preisstabilisierend reagieren zu können. Zumindest in diesem Punkt sind sich die Befürworter einer starken Marktregulierung und die Befürworter des Quotenendes einig. Der Markt darf sich nicht selbst überlassen werden! *mm*



Faironikas für geregelte Märkte 2012 in Konstanz

Foto: Möhrle



Neue Produkte und frische Ideen in der Meierei Horst

Quelle: BLE/Stephan

Bäuerliches Engagement

Horster Molkerei wird zur Genossenschaft von Bauern und Konsumenten

Die Molkerei in Horst, in Schleswig-Holstein, gibt es seit 123 Jahren. Aber im April war die Anzahl der Lieferanten so weit gesunken, dass sie vor dem Aus stand. Das wollten drei Ökobauern der Gegend nicht hinnehmen und haben die Genossenschaft übernommen und sie für Konsumenten geöffnet. Damit ist die Molkerei Horst die erste, die auch KonsumentInnen als Genossenschaftsmitglieder zulässt und sie sich ausdrücklich wünscht. Am 26.7. konnten die ersten Interessierten Anteile erwerben, die Molkerei besichtigen und die Produkte verkosten. Wer für die Mindestbeteiligung von 539,00 € zeichnet, kann nun mitbestimmen, wie die Produktionsbedingungen sein werden und wie die Produkte vermarktet werden. Das Ziel ist, 1.000 Konsumenten zu finden, die sich beteiligen. Dann kann die Molkerei weiter existieren und ein hochwertiges und wirklich auch regionales Produkte anbieten. Die Molkerei erzeugt die Bioland Milch der Oekomelkburen mit dem Namen „4 Jahreszeiten Milch“ und die konventionelle „Horster Milch“, Butter, Buttermilch, Joghurt und Sahne. Mit der schonenden Verarbeitung hat die Molkerei ein einzigartiges Produkt. Lässt man die Milch stehen, setzt sich der Rahm ab. Ein Phänomen, dass viele gar nicht mehr kennen, aber auch viele vermissen.

Im Prozess

Verhandlungen mit Großhändlern laufen. Regionale Einzelhändler sind natürlich etwas einfacher zu überzeugen. Täglich verarbeitet die Molkerei 14.000 Liter Milch von den Höfen der Region. Für die kom-

menden fünf Jahre haben die Genossen die Zusage der Breitenburger Milchzentrale jedes Jahr fünf Mio. Liter Milch zu bekommen. Das Ziel ist natürlich, dass diese Menge von den Genossen selbst erzeugt werden soll. Landwirte, die mitmachen würden gäbe es laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden Kay Harder genug, wenn ihnen ein fairer Preis geboten werden kann. Welche Mindeststandards die Höfe erfüllen müssen, sollen die Mitglieder der Genossenschaft selbst bestimmen. Vorgesehen ist zumindest ein regelmäßiger Weidegang der Kühe und wahrscheinlich auch die garantierte Gentechnikfreiheit der Produkte. Ob die Bioschiene oder die konventionelle Schiene oder beides die Zukunft sind, wird sich zeigen.

Regionalität ist im Trend

Der Begriff wird aber auch weit ausgelegt. Hier ist nun mal eine Initiative, wo der Begriff wirklich stimmt. Die zehn Arbeitsplätze bleiben erhalten, die Wertschöpfung und die Steuer bleiben am Ort. Das ist es doch, was wir immer wollen. Man könnte sein Geld dümmen anlegen. Wer Regionalität und gute Lebensmittel will, hat hier die Gelegenheit, praktisch denen zu helfen die das möglich machen und mutig ein gutes Projekt angehen. Mich hat es überzeugt. Übrigens: Auch Genossen aus Bayern sind sicher willkommen.

*Ursula Gröhn-Wittern,
Agrar Koordination*

Die Absichtserklärung findet sich hier:
<http://deoekomelkburen.de/2014/03/23/beteiligung-an-der-horster-meierei/>

Cargill verklagt Syngenta

Der Handelskonzern Cargill verklagt Syngenta auf Schadensersatz, weil der Schweizer Agrar-Konzern einen gentechnisch veränderten Mais in den USA kommerzialisiert hatte, bevor dieser in großen Absatzmärkten wie China zum Import zugelassen ist. China hatte seit November 2013 rund 1,4 Millionen Tonnen Mais aus den USA zurück gewiesen, weil dieser Verunreinigungen mit der nicht genehmigten GV-Sorte MIR 162 von Syngenta aufwies. Insgesamt – so Cargills Argumentation in der Klage – sei den US-Exporteuren und Farmern ein Schaden von 2,9 Milliarden Dollar entstanden, Cargill allein 90 Millionen Dollar. Der Agrarhändler wirft Syngenta unverantwortliches Handeln vor. Syngenta hätte sicherstellen müssen, dass ihr GV-Mais nach China exportiert werden darf, bevor sie ihn an US-Landwirte vermarkten. Syngenta habe die Exportchancen der US-Landwirtschaft dadurch beeinträchtigt. Das entspreche nicht den Industriestandards, so Cargill.

Syngenta widersprach und bezeichnete die Klage als unbegründet. Man habe alle gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erfüllt. Zuvor hatten auch US-Agrarverbände Syngenta kritisiert und aufgefordert, solange den Verkauf des Saatguts zu unterlassen, bis China den Import zulasse (s. Bauernstimme 9/2014). av

Raiffeisen- und Geflügelverband mauern

Für große Aufruhr hatte im Frühjahr die Nachricht der großen Verbände der Geflügelfleisch- und Eierzeugung gesorgt, die seit 14 Jahren gewährleistete Verpflichtung, gentechnikfreie Futtermittel zu verwenden, nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Stolle (jetzt Plukon) und die deutsche Frühstückerei erklärten hingegen, weiter gentechnikfrei zu füttern. Auch die Rewe Group stellte klar, dass das Hähnchenfleischangebot weiter gentechnikfrei bleibe. Im Sommer folgte Edeka, die bei ihren Eigenmarken auf Gentechnikfreiheit umstellen wollte. Ende August meldete die Lebensmittelzeitung, dass sich „der deutsche LEH ... in großer Einmütigkeit von der Geflügelfleischindustrie und von den Eierzeugern die geschlossene Rückkehr zur Fütterung der Tiere ohne Gentechnik“ wünsche. Langfristig wolle der LEH auch, dass in der gesamten Tierfütterung, also auch bei Schweinen und Rindern, auf Gentechnik verzichtet werde. Bremser ist der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG), der sich nicht „erpressen“ lassen will. Unter dem Dach der QS-Initiative Tierwohl wird sich ein Arbeitskreis „Soja in der Tierernährung“ auch mit der Frage gentechnikfreien Futters beschäftigen. Mit am Tisch sitzt ebenfalls der deutsche Raiffeisenverband (DRV). Er spricht sich in einer Pressemeldung schon mal „entschieden gegen solche branchenweite Verpflichtungen“ aus. av

Agrarkommissar von der grünen Insel

Nach dem Vater der allerersten gemeinsamen Agrarreform, Ray McSharry, wird erstmals wieder ein Ire die Geschicke der europäischen Landwirtschaft in Brüssel lenken. Phil Hogan, Christdemokrat und ehemaliger Umweltminister Irlands, übernimmt das Amt von seinem Vorgänger dem Rumänen Dacian Ciolos, wenn denn die im Oktober stattfindenden Anhörungen im EU-Parlament positiv verlaufen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Hogan als vordringlichste Aufgabe bereits die weitere Umsetzung der beschlossenen Agrarreform, unter besonderer Berücksichtigung des Wachstums, ans Herz gelegt. Finanzielle Verschlinkung und Wettbewerbsfähigkeit schreibt Juncker seinem Kommissar in die Agenda, Ressourcen- oder gar Umweltschutz finden da kaum statt. Da mag wenig helfen, dass auf der grünen Insel Irland Landwirtschaft traditionell eine gewichtige Rolle spielt. Auch das Ende der Eigenständigkeit des EU-Umweltressorts und dessen Zusammenlegung mit der Fischereiabteilung unter der Führung des neuen maltesischen Kommissars Karmenu Vella spricht nicht gerade für eine stärkere Gewichtung umweltpolitischer Belange in der neuen EU-Kommission. cs

Priska Hinz auf Hof Nagel

Landwirtschaftsministerin trifft sich mit der AbL in Nordhessen

Tierwohlinitiative bleibt rhetorisch

Wortreich stellte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) seine Initiative für mehr Tierwohl vor, ohne allzu konkrete Ankündigungen zu machen, wie er denn die Tierhaltung in Deutschland verbessern wolle. Es sei nicht besser, wenn das Schwein seinem Kollegen den Schwanz abbeiße als wenn der Tierhalter ihn abschneide, trage nicht gerade zur Erhellung bei. Kollegen aus seinem politischen Lager zeigten sich erfreut über die Ankündigungen, die andere Seite fordert mehr als Rhetorik. Der AbL Landesverband Niedersachsen bringt den von Ex-Agrarminister Gerd Lindemann verabschiedeten Tierschutzplan ins Spiel, hier seien alle wesentlichen Missstände in der Nutztierhaltung nicht nur klar benannt, sondern auch klare Fristen für deren Beendigung festgelegt worden. Könnte da ein Hoffnungsschimmer für mehr Konsequenz auf Bundesebene sein, dass Schmidt auch eine Expertenkommission zum Thema angekündigt hat – Leiter soll werden: Gerd Lindemann. *cs*

Gegen illegale Ferkeltötung

Anlässlich der Mela (Landwirtschaftsausstellung) hat die AbL MV/Brandenburg in Zusammenarbeit mit MILAN (Unternehmerverband – Mit Lust an Natur), BUND und Deutschem Tierschutzbund sowie mehreren Bürgerinitiativen eine vielbeachtete Aktion gestartet. Auf einer großen Videowand wurde die illegale, erschreckende Ferkeltötung gezeigt. Dazu wurde von mehreren Rednern zur Massentierhaltung und zur verfehlten Agrarpolitik das Wort ergriffen. Von Seiten der AbL kritisierte Georg Janßen den Umgang der Agrarministerkonferenz in Potsdam bezüglich ihrer Bodenpolitik, den Umgang mit Gentechnik und dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP. Die Situation auf dem Land, der Zwang zum „Wachsen oder Weichen“ verdeutlicht sich nach Janßen in der zunehmenden Zahl der Massentierhaltungen und stellt ein weiteres Problemfeld bäuerlicher Landwirtschaft dar. Dr. Jörg Gerke sprach zur verfehlten Bodenpolitik. Darüber hinaus stellte Gerke ausführlich die Belastung mit MRSA-Keimen in großen Tieranlagen und die daraus resultierenden Probleme dar. Der örtliche Bauernverband trat mit ca. 30 Gegendemonstranten an. Unsere Aktion war so spektakulär, dass Ministerpräsident Seling und sein Agrarminister Till Backhaus uns einen Besuch abstatteten. Auch auf dem am nächsten Tag stattfindenden politischen Bauerntag war unsere Demonstration das Hauptthema. Der versprochene Dialog fand aber nicht statt. Der Agrarminister nahm auf dieser Veranstaltung sein Versprechen zurück, sich für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einzusetzen. Der Bauernverband dagegen beschwor seine Mitglieder, zusammenzustehen und den eingeschlagenen Weg der globalisierten, wettbewerbsfähigen Agrarwirtschaft unter keinen Umständen zu verlassen. *Helmut Precht, AbL MV/Brandenburg*

Mit und ohne Baugenehmigung

Die derzeit wohl tiergerechteste Hühnerhaltung ist in einem Mobilstall. Und weil der Mobilstall nicht nur so heißt, sondern auch mobil sein muss um den Hennen immer frische Weide zu präsentieren, fällt er eigentlich unter „fliegende Bauten“. Diese wiederum bedürfen keiner Baugenehmigung. Die Situation vor Ort sieht aber ganz anders aus. Je nach Behörde und vermutlich je nach zuständigem Sachbearbeiter unterscheidet sich die Auffassung. Die Argumentation: Der Stall sei zwar mobil, werde jedoch von vielen Landwirten nur stationär eingesetzt und bedürfe deswegen einer Baugenehmigung. Ob diese Argumentation einer gerichtlichen Prüfung standhält bleibt offen. Für die Betroffenen vor Ort ist die ungleiche Behandlung auch finanziell ungerecht. Hier wäre es an der Politik, gleiche Bedingungen zu schaffen, die nicht der Willkür einzelner Behördenvertreter unterliegen. *mn*

Ende August traf sich die grüne, hessische Landwirtschaftsministerin, Priska Hinz mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft bäuerlichen Landwirtschaft – Hessen auf dem Betrieb des Landesvorsitzenden Reinhard Nagel im nordhessischen Twistetal. Ein breites Themenspektrum wurde während des im Rahmen der Sommertour der Ministerin stattfindenden Besuchs angesprochen. So ging es neben den neuen Förderprogrammen um die Preisentwicklungen am Bodenmarkt, die Novellierung der Düngeverordnung aber auch die Überarbeitung des Zukunftspaktes zur Landwirtschaft in Hessen.

Die Gespräche fanden direkt am Ackerbohnenfeld des Biobetriebes Nagel statt. Ein guter Platz um Eckpunkte einer notwendigen Eiweißstrategie für Hessen anzusprechen. „Seit 30 Jahren habe ich Erfahrungen im Anbau von Leguminosen gesammelt und bspw. ein für meinen Betrieb passendes Mischanbausystem mit Ackerbohnen, Hafer und Klee gras entwickelt. Zur Eiweißstrategie gehört für mich auch eine angepasste Fütterung.“ führt Nagel aus „Meine Milchkühe bekommen überwiegend Klee gras und kein Kraftfutter. Damit erzielen sie zwar keine Höchstleistungen, sind aber gesünder und leben

länger.“ Zu den Zielen und der Stoßrichtung ihrer Politik erläuterte die Ministerin: „Unsere Strategie beruht nicht nur auf Prämien, sondern wir wissen, dass auch die Nachfrage gestärkt werden muss, indem Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen geschaffen werden. Neben einer angepassten Leguminosen-Beratung durch das LLH und dem Ausbau des Versuchswesens soll auch der Austausch unter den Bäuerinnen und Bauern selbst über Anbaumethoden, Fütterung und Vermarktungsmöglichkeiten gefördert werden.“

Leguminosen fördern

Die Notwendigkeit sich von Sojaimporten unabhängig zu machen legte Peter Hameln dar. Dafür so der Milchbauer aus dem Vogelsbergkreis „muss der Anbau von Klee gras und heimischen Körnerleguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen oder Lupinen gefördert werden. Darüber hinaus erhöhen diese die Bodenfruchtbarkeit, sparen Dünger ein, indem sie Stickstoff aus der Luft sammeln können und stellen eine wertvolle Futtergrundlage dar.“ Die Erwartungen an das Grüne Ministerium sind hoch. Auch weil alternative Verbände in der CDU-Vergangenheit des Ministeriums wenig Gehör fanden. *mn*



Ministerin Priska Hinz im engagierten Austausch mit Henrik Maaß und Reinhard Nagel (Mitte) Foto: AbL

Gewerkschaft zu Ceta

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) forderte die Bundesregierung auf, das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta) zu stoppen. „Ceta ist keinen Deut besser als das TTIP-Freihandelsabkommen mit den USA. Handel ist notwendig und richtig, soweit er Vorteile für alle bringt. Das ist aber nicht der Fall, wenn Arbeitnehmerschutz, Sozial- und Umweltstandards sowie Verbraucherrechte unter Druck geraten, etwa durch Klagerechte für Investoren vor einer privaten Paralleljustiz“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. Die IG BAU fordert, die Verhandlungen zu Ceta auf demokratische Füße zu stellen. Es sei bereits viel Vertrauen verspielt worden. *pm*

Betriebsspiegel:

36 ha Biolandbetrieb in Hohenlohe (Nordost-Württemberg)
Ackerbau, 7-gliedrige Fruchtfolge
200 Puten
150 Masthähnchen
16 Rammelsloher Hühner mit Hahn

Ich war mehrere Jahre im Entwicklungsdienst tätig und möchte an dieser Stelle von einer Region berichten, die mir sehr am Herzen liegt. Zuerst ein wenig historischen Hintergrund. Vor 200 Jahren hat eine ausländische Macht die Grenzen willkürlich gezogen und sie einem anderen Reich zugeschlagen. Die neue Regierung kannte das Gebiet kaum und musste erst mal Straßen und Brücken bauen, um dort hinzukommen und regieren zu können. Verstärkend

kommt dazu, dass natürlich auch die Sprachen verschieden sind, wenngleich es eine gemeinsame Verkehrssprache gibt.

Noch heute ist das Gebiet vernachlässigt, sei es, weil es so am Rande liegt oder weil seine Bevölkerung zu einer anderen ethnischen Gruppe gehört, als die Mehrheit und die Regierenden. Es gibt große Probleme mit der Infrastruktur. Die Kinder verbringen täglich bis zu zweieinhalb Stunden auf dem Schulweg. Bereits Zehnjährige kommen so auf neun- oder elfstündige Tage! Es gibt keine Kinderschutzzorganisationen, die dagegen angehen.

Problematisch sind auch die Kommu-

nikationsmöglichkeiten, die ja für wirtschaftliches Leben unabdingbar sind. Glücklicherweise wurden in der Region früher einmal Telefonleitungen verlegt. Denn Mobilfunk funktioniert in vielen Dörfern nicht. Allerdings kümmert sich niemand um die Leitungen, sodass auch das Festnetz nicht immer funktioniert, teilweise mehrere Wochen lang nicht. Die betroffene Bevölkerung kann also nicht einmal in Notfällen um Hilfe von außen bitten.

Nicht besser sieht es mit den Verbindungen ins (fast) weltweite Netz aus. Dieses ist noch auf dem Stand von vor der Verbreitung der Digitalkameras. Obwohl die Dorfgemeinschaften

oft sehr aktiv sind, sogar anbieten mehrere Kilometer selbst zu graben, werden ihnen die Leitungen verwehrt. Vor ein paar Jahren gab es einen Beschluss der Zentralregierung, dass der ländliche Raum nicht angeschlossen werden müsse, man wisse ja gar nicht, ob die Leute das überhaupt wollen. Die Leute wollen aber, können sich bloß nicht durchsetzen!

Zu bemerken gibt es noch, dass gerade auf dem Land die regierende Partei wieder gewählt wurde. Die Wahlen sind fair und transparent verlaufen, da sind sich alle Beobachter einig. Außenstehende bleiben ratlos. Mittlerweile bin ich nicht mehr im Entwicklungsdienst, sondern lebe wieder als Bäuerin in Deutschland. Genauer gesagt in Hohenlohe. Das ist der Teil Frankens, den Napoleon damals Württemberg zugeteilt hat. Und ich werde diesen Text nicht von zuhause aus verschicken, denn es hat noch niemand geschafft meinen neuen Laptop ISDN-fähig zu kriegen. Hohenlohe liegt mir wirklich am Herzen, auch wenn es kein Entwicklungsland ist. Und ja – meine Kinder (teils schon mit T-Führerschein) sind trotzdem glücklich hier!

*Angela Müller
Neuendettelsau*

Wo bin ich?

Wir, die Einkaufsgemeinschaft für gentechnikfreie Futtermittel, sind ein Zusammenschluss von Landwirten aus Oldenburg, dem Ammerland und Ostfriesland, die einfach keine gentechnisch veränderten Pflanzen als Futtermittel an ihre Tiere verfüttern wollen. Wie kam es dazu?

Lange haben wir uns damit beschäftigt, Lebensmittel zu produzieren die gentechnikfrei sind. Immer wieder besuchten wir Veranstaltungen, um uns zu informieren wie sich veränderte Futtermittel auf unsere Tiere (in unserer Gemeinschaft hauptsächlich Kühe und Schafe) auswirken. Auch kann ja keiner genau sagen, wie sich der Verzehr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln beim Menschen auswirkt. Von einigen unserer Kollegen sehr oft belächelt, wurde es uns einfach zu doof, immer nur zu diskutieren. Auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft mit Annemarie Volling in Ostfriesland haben meine Frau und ich dann spontan eine Liste im Saal rumgehen lassen. Jeder, der Interesse an gentechnikfreier Fütterung hatte, konnte sich eintragen. Zu unserer Verwunderung stießen wir damit auf großes Interesse. Schon kurze Zeit später trafen wir uns dann in einem Lokal in Westerstede, um z. B. Mengen an Futtermittel pro Betrieb zu erfassen und zu klären: Welche Sorten wollen wir ausschreiben, welche Einzelfuttermittel werden benötigt? Soja war damals ein ganz besonderes Thema, „ohne Soja“, sagten viele „geht gar nichts“. Zirka 150 Tonnen Milch-



Futtereinkauf gentechnikfrei

vieh- und etwa fünf Tonnen Schaffutter im Monat kamen zusammen – für den Anfang gar nicht so schlecht. Die erste Ausschreibung ging am 11.07.2011 an insgesamt 12 Futtermittel-Mühlen raus. Ein kleiner Betrieb in Hude bekam von uns den ersten Zuschlag. Seit dem 01.08.2011 füttern die Betriebe unserer Einkaufsgemeinschaft schon gentechnikfrei. So etwas gab es bei uns im Norden noch nie. Auch Sojaschrot wurde verfüttert, gentechnikfrei mit

Zertifikat. Mittlerweile hat sich einiges geändert, kein Betrieb unserer Einkaufsgemeinschaft füttert noch Sojaschrot an seine Tiere. Zwischenzeitlich war Soja sehr teuer, es wurde auf Mischungen mit Rapsschrot umgestellt. Für die Tiere kein Problem. Ganz neu besteht für unsere Mitgliedsbetriebe die Möglichkeit gentechnikfreies Sojaschrot direkt aus Brasilien zu beziehen. Geliefert wird in Containern ab 20 Tonnen frei Hof, ohne Zwischenhan-

del. Für die Zukunft ist es unser Ziel, noch weitere Betriebe für unsere Einkaufsgemeinschaft zu gewinnen.

*Ernst Steenken,
Kirchbatten*

Betriebsspiegel:

10 ha Grünland
20 Mutterkühe
4 Schafe
4 Schweine

Neuland muss erwachsen werden

Der Neuanfang gelingt nur mit konzeptioneller Geschlossenheit und struktureller Solidität

Es sei ein überfälliger Schritt, so die Presse zur Entlassung des Geschäftsführers der Neuland Vermarktungsgesellschaft Nord in Bad Bevensen. Ein Neuanfang bei Neuland sei nur möglich, wenn die Verantwortlichen für die Verfehlungen gehen müssten, kommentierte beispielsweise die *taz* schon im Sommer. Allerdings ist es gleichzeitig eine Illusion zu glauben, dass es für den Neuanfang ausreicht, ausschließlich personelle Konsequenzen zu ziehen. Für die Schwierigkeiten, in die Neuland geraten ist, gibt es unterschiedliche Gründe und viele Verantwortliche mit unterschiedlichen Anteilen. Das muss allen bewusst sein, die nach wie vor ein ernsthaftes Interesse am Fortbestand des konsequentesten Markenfleischprogramms für eine bäuerliche und artgerechte Tierhaltung haben.

Bindung durch Einbindung

„Neuland ist die Antwort auf die Frage, was artgerechte Tierhaltung ist“, sagt Martin Schulz, Neuland-Schweinebauer aus dem Wendland, „aber es hatten sich Trägheit und Beliebigkeit breit gemacht, jetzt muss man die ursprünglichen Ideale wieder mit Leben füllen.“ Seine Rolle ist dabei gerade keine ganz leichte, gehört er doch dem Aufsichtsrat der Vermarktungsgesellschaft Nord an, der auf Druck des Neuland-Vereins nun seinem Geschäftsführer Thomas Strauß gekündigt hat. Viele Bauern und Metzger sind – vorsichtig ausgedrückt – wenig erfreut über diesen Schritt. Zum einen, weil sie auf einer geschäftlichen Ebene gut mit Strauß gefahren sind, zum anderen, weil es bislang nur wenig gibt, was man ihm im Zusammenhang mit dem Hühnerbetrug im Frühjahr vorwerfen könnte. Die Befürchtung ist, dass Strauß sich seinen Rausschmiss teuer abfinden lassen wird – mit ihren Geldern. Das zerstörte Vertrauensverhältnis aufgrund der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, das Neuland-Geschäftsführer Jochen Dettmer ins Feld führt als Begründung, warum der Verein nun ultimativ den Aufsichtsrat zum Handeln drängte, bezieht sich vor allem auf den ideologisch-politischen Überbau. Aber Geschäftsführer Strauß galt nie als überzeugter Neuländer. Vielleicht kam er deshalb – so die Einschätzung von AbLer Martin Schulz – bei den Bauern ganz gut an, die in der jüngeren Zeit bei Neuland mehr geworden waren: den eher unpolitischen, die

manchmal wenig mit der Arbeit der Neuland-Trägerverbände anfangen können. Auch deshalb sei es wichtig, so Schulz, wieder in die Beratung einzusteigen, Bauern nicht allein zu lassen mit der Umsetzung „von oben“ verordneter Richtlinien, sondern sie dabei zu unterstützen und besser noch, sie in die



Seine eigenen Schweine stehen bei Neuland-Aufsichtsrat Martin Schulz gerade nicht so sehr im Vordergrund Foto: Schievelbein

Richtlinienarbeit mit einzubinden. Es ist ein Zurückbesinnen auf die Anfänge von Neuland, dem gemeinsamen Arbeiten an der gemeinsamen Sache, der gemeinsamen Idee. Unterstützung für den Aufsichtsrat in Bad Bevensen gibt es von bekannter Seite, die Geschäftsführung übernimmt bis auf weiteres der langjährige AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Alle müssen sich bewegen

Auch in Süddeutschland wird der Versuch unternommen, die Bauern und Bäuerinnen wieder stärker in die Verantwortung zu bekommen. Eine bäuerliche Erzeugergemeinschaft befindet sich in Gründung, sie soll künftig die Lizenz vom Neuland-Verein bekommen. Die hatte bislang die Vermarktungsgesellschaft mit ihrem Anteilseigner und Geschäftsführer Matthias Minister, der in die Kritik geraten war, weil er Hühner und Schafe, die zwar artgerecht aber nicht nach Neuland-Richtlinien gehalten wurden, unter Neuland vermarktet hatte. Dass die bäuerliche Erzeugergemeinschaft weiterhin mit Minister zusammenarbeiten wird – auch weil man sich jenseits des guten Geschäftsverhältnisses vertraut – ist Teil des Plans. Nichtsdestotrotz werden Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf mehr Schultern verteilt und damit Last von Einzelnen genommen, aber auch mehr gegenseitiges Rückversichern gewährleistet. „Allerdings darf es nicht sein, dass sich unten was tut und oben bleibt alles beim Alten“, mahnt Anneliese Schmeh, AbL-Bäuerin und Neulandpionierin vom Bodensee. Schon vor den Turbulenzen und den daraus resultierenden innerverbandlichen Debatten gab es aus dem Süden den Anspruch auf mehr Mitsprache der Bauern, Metzger und Vermarkter im Neuland-Verein. Schmeh liest die vom Verein aktuell formulierten strukturellen Veränderungen mit einer gewissen Skepsis. Die Richtlinienhoheit solle nach wie vor beim Verein und den Trägerverbänden bleiben, gleichzeitig ein Markenverbund der Wirtschaftsbeteiligten für mehr Beratung und Akquise gebildet werden. Vor allem geht es dabei darum, zukünftig Kräfte und Interessen besser zu bündeln, die Vermarktungsgesellschaften nicht mehr allein stehen zu lassen. Es gibt eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die an der strukturellen Weiterentwick-

lung Neulands arbeitet soll. Auch die Kontrolle soll verändert, auf breitere Füße gestellt und mit effektiveren Sanktionsmechanismen versehen werden. Anneliese Schmeh sieht die guten Ansätze, fürchtet aber auch lange Schatten der Vergangenheit. Gerade im Süden gab es immer wieder Konkurrenzsituationen mit dem Tierschutz-Label des Tierschutzbundes. Auch deshalb hätte sie es gerne, wenn die neue Neuland-Erzeugergemeinschaft den Lizenzvertrag bekommt, bevor der mit der alten Vermarktungsgesellschaft beendet wird.

Extreme Beobachtung

Verlorenes Vertrauen und wie man wieder Glaubwürdigkeit aufbaut, das ist auch für Neuland-Bundesgeschäftsführer Jochen Dettmer eine zentrale Baustelle. Er sieht in den jetzt eingeschlagenen Wegen gute Perspektiven, geht aber auch davon aus, dass sich die Verantwortlichkeiten im Verein neu ordnen werden. Zumal der Tierschutzbund durch einen gewissen finanziellen Rückzug auch in dem Bereich eine konzeptionelle Neuordnung notwendig werden lasse. Wenn Dettmer das sagt, wirkt es ein bisschen so, als müsse Neuland nun erwachsen werden. „Wir stehen unter extremer Beobachtung“, sagt er mit Blick auf die inzwischen überall geführten Tierwohldebatten und verweist auf die zwei Systeme, die es gebe: Labeling und Verbraucherwahl auf der einen und die Brancheninitiative, die dem Verbraucher keine Wahlmöglichkeit lasse, auf der anderen Seite. Da gebe es ein großes Interesse zu zeigen, dass solche auf Kennzeichnung beruhenden Programme wie Neuland oder auch das Tierschutz-Label nicht funktionierten, mutmaßt Dettmer. Er sieht beide nicht als Konkurrenz zueinander, sondern als Ergänzung. Es gehe schließlich um die Idee artgerechter Tierhaltung und nicht nur ums Fleisch verkaufen.

In den Blick

Das versucht auch Martin Schulz den aufgebrachten Bauern und Metzgern zu sagen, von denen er nicht wenige am Telefon hat. Die Neuland-Idee ist richtiger denn je, wenn sich das auch mancher erst wieder in den Blick rücken muss. „Mir ist ja lieber, die Bauern springen entrüstet auf“, sinniert Schulz nicht ohne Schmunzeln, „als wenn ihnen alles egal ist.“

Warum sollen Landwirte und Gärtner immer in Vorleistung gehen. Sollen Saatgut und Maschinen finanzieren, das Risiko für Wetter und Gesundheit der Tiere tragen, ohne zu wissen wer am Ende ihre Produkte zu welchem Preis abnimmt. Mancher sichert sich über Futures an den Warenterminbörsen ab. Anteilnahme kann man hier nicht finden. Die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) ist ein Modell, das Teilhabe schafft. Es versucht die Verantwortung auf vielen Schultern zu verteilen. Eine große Gruppe von interessierten Menschen übernimmt durch Ernteanteile im Voraus Verantwortung. Verteilt werden kann nur was wächst, was geerntet wird. Ein System auf gegenseitiges Vertrauen gestützt. Ein System mit viel Kommunikationsbedarf, das für Kompromisse offen sein muss. Wenn es funktioniert verändert es. Den Hof, Bauern, Gärtner und die Verbraucher, die sich darauf einlassen, zu verstehen woher ihre Lebensmittel kommen. Dass es nicht selbstverständlich ist, dass Äpfel keine Flecken haben und es auch krumme Möhren gibt. Solidarische Landwirtschaft ist eine Chance zu lernen. Für alle.



Der Wert der Landwirtschaft

Gemeinsam Verantwortung für ein ganzes Wirtschaftsjahr übernehmen

Wie mag das gehen, einen Hof als Ganzes zu finanzieren, statt einzelnen landwirtschaftlichen Produkten einen bestimmten Preis zuzuweisen? „In der Solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere Privat-Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten“, so erklärt das Netzwerk für Solidarische Landwirtschaft das Grundkonzept. Ursprünge finden sich in den 70er und 80er Jahren in Japan und in den USA, wo die Bezeichnung Community Supported Agriculture (CSA) geprägt wurde. Ein ehemaliger Landwirtschaftslehrling vom CSA-Hof Pente hat in seinem Internet-Blog beschrieben, welche Idee dahintersteckt: „(...) Der Gedanke sollte also sein: »Was ist es mir wert, dass der Hof wirtschaften kann?« (...) Die Mitglieder sind die einzigen Abnehmer, sie haben Einblick und Einfluss auf das Hofgeschehen, es kommen hier mehrmals in der Woche Mitglieder, die helfen, der Hof hat sein gesichertes Einkommen, die Menschen sehen, wie wir arbeiten, an was wir arbeiten, wie viel wir arbeiten, sehen, was dabei rumkommt, was dabei für uns rumkommt – das sind alles Sachen, die im normalen landwirtschaftlichen Kontext so nicht gegeben sind. Selbst die Höfe, die versuchen, möglichst regional zu ver-

markten, sind irgendwie ein abstraktes Bild in den Köpfen der Kunden (...). Jeden Freitag ist Abholtag, das heißt, dass die Produkte, das Gemüse, die Eier, ab und zu auch Fleisch, die in der Woche »fertig geworden«, sprich angefallen, geerntet oder geschlachtet worden sind, direkt auf dem Hof an die Mitglieder gegeben werden. (...) Bastian meinte gestern zu mir, dass es nicht nur so ist, dass die Mitglieder wissen, wo das alles herkommt, sondern dass er auch weiß, wo das alles hingehht. Und das ist das Besondere, glaube ich“.

Erfahrungen teilen

In Deutschland wird dieser relativ junge Ansatz neben Solidarischer Landwirtschaft auch Wirtschaftsgemeinschaft oder gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft genannt und umfasst eine große Bandbreite vom Bauernhof bis hin zu städtischen Gartenkooperativen. Um nach dem Vorbild Frankreichs die Idee stärker weiterzuerbreiten, gründeten CSA-Landwirte und agrarpolitisch Aktive von compact und FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) im Jahr 2011 das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Die Hauptaktivität besteht seitdem in der bundesweiten Unterstützung neuer Initiativen, die mittlerweile zu gleichen

Teilen von Bauern, Bäuerinnen und GärtnerInnen als auch von Verbrauchern ausgehen. Ausgangspunkt ist dabei immer die Bildung einer Gruppe Interessierter; von da an helfen Mitglieder des Netzwerkes bei ersten Informationsveranstaltungen sowie folgenden Planungstreffen. Gerade bei zunehmender Beratungsintensität und Umstellung ganzer Höfe ist die Erfahrung der Praktiker zu Kalkulationen und Kommunikation gefragt. Große Hemmungen von Seiten der LandwirtInnen bestehen nach Erfahrung der Netzwerkkoordinatorin Stephanie Wild be-

züglich der Angabe des eigenen Einkommens, „die meisten, die sich an uns wenden, haben diese Schwelle jedoch innerlich schon überwunden“. Was sie im Gegenzug für ihre Offenheit, einen solchen kommunikationsintensiven Schritt zu gehen, erleben, ist eine große direkte Wertschätzung ihres Wissens und ihrer Arbeit. Wolfgang Stränz vom Buschberghof beschreibt aus Sicht eines CSA-Mitglieds: „Die Lebensmittel verlieren ihren Preis und gewinnen ihren Wert zurück.“ *cw*

Netzwerkaktivitäten

Als Herz der Bewegung werden die halbjährlichen Netzwerktreffen bezeichnet und alle, die den Gemeinschaftsgeist erleben und Infos austauschen wollen, sind herzlich eingeladen.

Das Herbsttreffen

„Höfe der Zukunft – die Basis stärken!“ findet vom 31.10. bis zum 2.11.2014 in der Burg Ludwigstein bei Witzhausen statt. Fragen und Anmeldungen an: anmeldung@solidarische-landwirtschaft.org

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

Ansprechpartnerinnen:
Stephanie Wild und Katharina Kraiß,
info@solidarische-landwirtschaft.org,
Telefonisch: 0151-20618191
Dienstags und Donnerstags von 10 bis 13 Uhr
Webseite: www.solidarische-landwirtschaft.org

„Man kann nicht genug kommunizieren“

Ein Interview mit Mathias von Mirbach, Bauer, Solawi-Pionier und Mitbegründer des bundesweiten Netzwerkes

Unabhängige Bauernstimme: Was macht das Besondere an der Solidarischen Landwirtschaft aus?

Mathias von Mirbach: Man schafft eine existenzielle Verbindung von Menschen zu ihren Lebensgrundlagen, zu einem Hof, zu anderen Menschen. Wir existieren, weil unser Umfeld das will. Und die Bindung der Menschen ist grandios, wir muten ihnen schließlich auch was zu. Die Tatsache, dass es nicht immer alles gibt, erfordert ein jahreszeitliches Essen. Viele setzen das um und es beinhaltet ja auch eine Qualität. Viele Leute nehmen das was es immer gibt, Brot, Milch, Käse, Fleisch... so hin, aber mit dem Gemüse zaubern wir Lächeln auf Gesichter.

Aber kriegt man über das Prinzip eine Wertschätzung der bäuerlichen Landwirtschaft hin? Oder ist das nur gerade der Zeitgeist?

Ich glaube, es sind gerade viele Menschen unzufrieden mit der Art und Weise, wie Lebensmittel erzeugt werden und sagen nicht nur: „Wir haben es satt“, sondern auch: „Wir wollen was ändern“. Mit Solidarischer Landwirtschaft kriegt man ein Verständnis der Leute für die bäuerliche Tätigkeit und damit auch eine Würdigung und

Wertschätzung wie sonst kaum für bäuerliche Landwirtschaft.



Solawi-Pionier Mathias von Mirbach
Foto: Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Ist Solidarische Landwirtschaft somit das Allheilmittel für alle kleineren Betriebe, die dem Strukturwandel besonders ausgeliefert sind?

Gerade für kleinere Betriebe ist es oft einfacher, Solidarische Landwirtschaft zu machen, weil das Ganze überschaubarer ist. Fachkompetenz ist wichtig und lässt sich vielleicht mit der eines

Kooperationsbetriebs, der ein anderes Angebot machen kann kombinieren. Wir sind mit unserer Größe und der ganz großen Vielfalt eher der Exot unter den Betrieben. Aber, egal ob groß oder klein, es funktioniert nur, wenn ich als Bauer bereit bin zu kommunizieren, alles offenzulegen. Man kann nicht genug kommunizieren.

Um Kommunikation der Betriebe, die Solidarische Landwirtschaft machen oder machen wollen ging es bei der Gründung des Netzwerkes Solidarische Landwirtschaft vor drei Jahren, oder?

Ja, es geht darum, zu unterstützen und zu beraten, auch damit Fehler nicht überall neu gemacht werden müssen. Am Anfang kannte man sich persönlich, inzwischen gibt es 50 Höfe in Deutschland, ganz viel Interesse von Bauern aber auch von Verbrauchergruppen, die regelrecht Höfe „casten“. Als Netzwerk oder Dachverband bieten wir ein Starterpaket an, wollen aber auch politisch die Sache voranbringen, deshalb suchen wir Bündnispartner und machen Öffentlichkeitsarbeit.

Auch aus der langjährigen Erfahrung des Kattendorfer Hofes, was sind die häufigsten Fragen, Probleme? Lassen

die sich über ein Netzwerk, einen Dachverband besser beantworten?

Bauern neigen dazu, sich mit ihrer Arbeit auszubeuten, deshalb ist eine solide Kalkulation wichtig, dazu gibt es inzwischen Publikationen, auch zu den Fragen der Rechtsform. Wir zeigen mit dem Dachverband die Bandbreite der Möglichkeiten auf.

Wie hoch ist die Fluktuation innerhalb der Gemeinschaft um einen Betrieb?

Bei uns am Kattendorfer Hof sind es vielleicht 10 %, dass sich eine Coop auflöst hab ich nur einmal erlebt.

Welche Voraussetzungen sollte ich als Bauer oder Bäuerin mitbringen, wenn ich Solidarische Landwirtschaft machen möchte?

Ich muss mich darauf einlassen, auf Gemeinschaft, auf die viele Kommunikation. Und ein offenes Herz und ein bisschen Abenteuerlust müssen auch dabei sein.

Vielen Dank für das Gespräch cs

Vom Gutsbetrieb zur Solidarischen Landwirtschaft

Der Kattendorfer Hof bei Hamburg ist einer der Pionierbetriebe

Auf dem Kattendorfer Hof, einem ehemaligen Gutsbetrieb im südlichen Schleswig-Holstein, der schon seit Jahrzehnten einer kirchlichen Stiftung gehört, wirtschaftet eine Betriebsgemeinschaft nun schon seit elf Jahren gemeinsam mit ihren Kunden – in Solidarischer Landwirtschaft. Mehr als 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten auf dem inzwischen 240 ha Acker umfassenden Betrieb mit 50 Kühen, 12 Zuchtsauen, Feldgemüse und Gärtnerei, Käserei, Bäckerei, Metzgerei, Marktständen und Läden. Mathias von Mirbach ist einer der Bauern auf dem Hof und seit kurzem auch eine der treibenden Kräfte im noch jungen Netzwerk Solidarische Landwirtschaft. Vor 19 Jahren haben ein Partner und er den Betrieb, einen konventionellen Ackerbaubetrieb mit Schweinemast, gepachtet und auf biologisch-dynamischen Landbau umgestellt. Von Mirbach: „Es war für uns damals

schon mit 130 Hektar ein Riesenhof und natürlich haben wir Konzepte geschrieben. Dann brachen im Winter 1995/1996 die Biogetreidepreise ein und unser Konzept war nicht mehr das Papier wert auf dem es geschrieben stand. Wir hatten dieses große Schiff am Hals und es war klar, so können wir mit zwei Familien davon nicht leben. Wir haben einen Hofladen aufgemacht, Kartoffeln gehabt, die keiner wollte, vor den Türen Hamburgs gab es das schon, da hat keiner auf uns gewartet.“

100 Mark für Erwachsene

Durch ein Seminar, an dem er zu einem früheren Zeitpunkt teilgenommen hatte, entwickelte von Mirbach die Idee, Leute aus dem Umfeld des Hofes an dessen Kosten zu beteiligen und ihnen dafür Lebensmittel frei zur Verfügung zu stellen. Aus einem Kreis von Freunden, Kunden aus

dem Hofladen, Eltern aus der Waldorfschule wuchs eine Gruppe, die sich regelmäßig zwei Monate lang einmal in der Woche traf. Ohne wirklich zu wissen, wie so etwas zu kalkulieren ist, begannen sie die Initiative schließlich mit einem Monatsanteil von 100 Mark für Erwachsene und für jedes Kind 50 Mark. Dafür wurde der Hofladen geöffnet und jeder konnte sich mit dem versorgen, was damals schon an Produkten auf dem Hof erzeugt wurde, etwas Gemüse, Kartoffeln, Schweinefleisch, Joghurt. Die Idee erregte Aufmerksamkeit und Interesse, es meldete sich eine Gruppe von jungen Familien mit kleinen Kindern in Hamburg, die als Coop beliefert werden wollte. Die Produktpalette wurde erweitert, neue Coops kamen hinzu, so dass heute rund 700 Menschen vom Kattendorfer Hof versorgt werden. Allen war und ist gemein, dass sie etwas wissen wollten darüber, wie ihre Lebens-

mittel erzeugt werden und unter Umständen auch bereit sind mit Hand anzulegen bei Aktionen, Festen. Die Budgetierung wurde professionalisiert, Basis ist die Aussage, dass sich auf 2.500 Quadratmetern Land das anbauen lässt, was ein erwachsener Mensch zum Essen braucht. Daraus wurde dann ein Ernteanteil, dessen finanzieller Gegenwert auf der jährlichen Budgetversammlung bestimmt wird, indem Kosten und Investitionen des Betriebes gegen Prämien und Überschüsse gerechnet werden. Damit ist der Betrieb für das folgende Jahr finanziell abgesichert. Aktuell liegt der Preis für einen Ernteanteil bei 175 Euro pro Woche, dafür bekommt man zwischen 1,5 und 3 kg Gemüse, 1 kg Kartoffeln, 9 Liter Milch und Milchprodukte und 700 g Fleisch und Wurst. Wobei von Mirbach betont, dass nicht aufs letzte Gramm geschaut werde und das Ganze gemeinschaftlich funktioniere. cs

Gemeinschaftsgetragener Hof als lebenspraktischer Lernort

Vielfältige landwirtschaftliche Betriebe und soziales Miteinander als Bildungschance

Jüngst war es wieder zu hören: „Mehr und vor allem reale Landwirtschaft in den Schulen!“. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Auftrag des Vereins i.m.a (information.medien.agrar) hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Befragten findet, die Landwirtschaft werde im Schulunterricht zu wenig thematisiert. Mehr als 80 Prozent sehen das praxisorientierte Lernen mit Betriebsbesuchen als eine sinnvolle Möglichkeit an, ein wirklichkeitsgetreues Bild der Landwirtschaft zu vermitteln; die schulische Realitätsnähe wird zurzeit von 59 Prozent bezweifelt. Tobias Hartkemeyer vom CSA-Hof Pente schwebt eine noch umfassendere Veränderung zum Thema Bildung vor: Ihm und Mitstreitern in der Arbeitsgemeinschaft Handlungspädagogik geht es statt um reine Wissensvermittlung vor allem um die Persönlichkeitsentwicklung in natürlichen Lebenszusammenhängen, bei der die Heranwachsenden Verantwortung und Selbstorganisation lernen. Bekannt ist: Lernen funktioniert am besten durch eigenes Tun und Beteiligt-sein. Das Schulsystem ist demgegenüber eine eher künstliche Einrichtung mit Erwachsenen, deren einzige Aufgabe es ist, Wissen zu vermitteln. Die Vision eines veränderten Lernens besteht darin, Kinder bei der wirtschaftlichen Tätigkeit der Menschen zu integrieren und ihnen im Rahmen dessen ein altersgemäßes, erzieherisches Umfeld zu bieten. Für Hartkemeyer stellt insbesondere die Verbindung mit der Landwirtschaft als zentrale, existenzielle Tätigkeit einen idealen Rahmen dar.

Neue Wege

Vor vier Jahren hat Familie Hartkemeyer zusammen mit MitarbeiterInnen und Menschen aus dem lokalen Umfeld auf dem Hof Pente eine Solidarische Landwirtschaft aufgebaut. Der Betrieb, der eine große Vielfalt und ein soziales Miteinander ökonomisch tragfähig miteinander kombiniert, bietet für Hartkemeyers die Möglichkeit, neue Wege für das Aufwachen und Lernen von Kindern umzusetzen. Fester Bestandteil des Hoflebens ist seit längerem eine Kindergartengruppe mit zwölf Plätzen. Nun wird diesen Herbst im Rahmen eines geförderten Projektes eine dritte Klasse der örtlichen Waldorfschule einen Monat lang auf dem Hof verbringen. Landbau würde sowieso auf dem Lehrplan stehen, dieses Mal in erweiterter

Form. Der Klasse steht eine große, wetterfeste Jurte als eigener Raum sowie ein Stück Acker zur Verfügung. Wichtiger Bestandteil wird aber auch die Beteiligung an Hofarbeiten in kleinen Gruppen von vier oder fünf Kindern sein. Jeweils zusammen mit mindestens einem Erwachsenen steht u.a. Obstbaumpflege, Gemüseernte und Tierbetreuung auf dem Programm. Wichtig dabei sei das spielerische Erleben, meint Tobias Hartkemeyer und fügt hinzu: „Und dann brauchen sie auch ihren eigenen Raum, um sich zu sammeln, damit sie nicht völlig zerfleddern mit den ganzen Eindrücken“. Auf die Mischung aus Spiel, Teilnahme an der für den Betrieb wichtigen Arbeit und künstlerischen Elementen soll es ankommen. Der Projektinhalt besteht dabei in einer genauen Dokumentation und Auswertung sowie dem Weitertragen von Ergebnissen und Erfahrungen. Für den letzten Punkt ist das niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung wichtiger Projektpartner, da dort in der Folge Seminare für ErzieherInnen, LehrerInnen und interessierte LandwirtInnen statt-

finden sollen. Klar dürfte sein, dass die nötige intensive Betreuung eine Herausforderung darstellt und nur mit einem großen, eng verbundenen sozialen Umfeld geleistet werden kann.

Handlungspädagogische Provinz

Seine Leitidee beschreibt Tobias Hartkemeyer so: „Das soll kein Schulbauernhof werden, auf dem Landwirtschaft nur gespielt wird, sondern ein lebendiger, wirtschaftender Betrieb auf dem sie als existenzielle Grundlage erfahrbar wird“. Er nennt den Hof als Lernort nach einer Idee von Goethe „Handlungspädagogische Provinz“. Anregungen stammen aus bisherigen Erfahrungen von Schulbauernhöfen, Waldkindergärten und Waldorfschulen. Der Verein i.m.a zieht aus der oben erwähnten Studie die Handlungsanweisung, die derzeit gängige Praxis genauer abzubilden und dadurch Akzeptanz zu erreichen. Eine andere Möglichkeit, Verständnis zu erreichen, besteht darin, eine Landwirtschaft zu gestalten, die über Vielfalt und Freiräume verfügt, damit andere Menschen teilnehmen und landwirtschaftliche und

ökonomische Zusammenhänge und Entwicklungen verstehen können - und dann gemeinsam zu überlegen „Was wollen wir eigentlich?“. Zumindest für den Bereich der Erwachsenenbildung bieten CSA-Höfe von vornherein solche Ansätze durch das Transparentmachen und das Erleben von Hoftätigkeiten für ihre Mitglieder. So zeichnet Stephanie Wild vom Netzwerk Solidarische Landwirtschaft ein starkes Bild, wenn sie ihren Eindruck von Netzwerktreffen beschreibt: „Die Landwirte sind die Ärzte von heute“ – sozusagen Götter in Gummistiefeln statt in Weiß. Das sind die Menschen, die die Erfahrung und das Wissen haben, um einen Hof zu bewirtschaften und andere mit Nahrungsmitteln zu versorgen. *cuw*

Buchtipps:

„Das pflügende Klassenzimmer - Handlungspädagogik und gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft“, herausgegeben von Hartkemeyer, Guttenhöfer und Schulze, im Oktober erschienen im Oekom Verlag.



Kürbisernte mit vielen Händen auf dem Hof der Familie Hartkemeyer

Foto: Hartkemeyer

Willkommen auf dem Wahlbacher Hof

Eine junge Landwirtschaftsfamilie wird Hofnachfolger und sucht Menschen für eine Solidarische Landwirtschaft

Contwig liegt in Rheinland-Pfalz an der Grenze zum Saarland. Hier hat die junge Landwirtschaftsfamilie Herzog-Grawitschky mit dem Hof der Familie Nafziger einen Betrieb gefunden, auf dem sie ihre Pläne von einer eigenen Landwirtschaft umsetzen möchten. Ab kommendem Frühjahr wird das junge Paar mit seinen beiden Kindern den Hof selbstständig bewirtschaften. Doch anders als bisher, wo die Produkte vor allem über den auch weiterhin bestehenden Hofladen vermarktet wurden, planen Marlene und Mark den Aufbau einer Solidarischen Landwirtschaft.

Die grundlegenden Gedanken sind gefasst, die Flyer gedruckt. Konkret werden soll es auf den ersten beiden Infotreffen Ende September und Mitte Oktober. Möglichst viele interessierte Besucher wünschen sich die beiden und natürlich viele, die sich von der Idee der Solidarischen Landwirtschaft infizieren lassen und mitmachen wollen. Schon jetzt gibt es eine kleine Gruppe von acht Menschen, die das Projekt unterstützen. Gewünscht wären ca. 50 Personen bis zum April 2015, wenn die

SOLAWI Wahlbacher Hof startet. Das Potential des Betriebs liegt bei bis zu 200 Menschen, die über halbe und ganze Ernteanteile mit den Produkten versorgt werden. Dabei sind es spezielle Gruppen, die von der Idee angesprochen werden, stellt Marlene Herzog fest. „Zum einen mittelalte Pärchen ohne Kinder oder aber ganz junge Familien.“

Vielfalt leben

Das Angebot ist umfangreich. 40 Gemüsesorten, Kartoffeln, Erdbeeren, Eier und Schweinefleisch sowie Getreide. Verschiedene Speiseöle sind geplant. Zudem steht der Hof offen, selbst erlebt zu werden. Zu erfahren woher die Lebensmittel kommen, die dann in verschiedenen Stationen abgeholt werden können. Dafür bedarf es der Zusammenarbeit. Braucht es Menschen, die Verantwortung beispielsweise für eine Abholstation übernehmen. „Wir wollen kein klassischer Dienstleister sein. Es geht darum, eine Gemeinschaft zu bilden, die an dem Erhalt des Hofes mit seiner ökologischen

Bedeutung und als Grundlage der Nahrungsmittelversorgung interessiert ist. Schon jetzt laufen die Vorbereitungen für den Anbau 2015. Auch ein neues Hühnermobil ist bestellt und wird die alten Ställe ersetzen. Die Anbaupla-

nung wird gemacht, die Folientunnel sind aufgestellt. Wenn jetzt noch die Menschen kommen, ist alles perfekt.

mm

Infos unter:
www.wahlbacherhof.org



Marlene und Mark Herzog-Grawitschky mit ihren Kindern, dem Betriebsleiterehepaar Marianne und Manfred Nafziger und dem langjährigen Mitarbeiter Otto Reck

Foto: Privat

Starter-Paket

Speziell für die Gründung neuer Gruppen wurde aktuell ein Starter-Paket für den Aufbau einer Solawi zusammengestellt. Ein Leitfaden und vorbereitetes Infomaterial dienen als praktische Wegweiser für die ersten Schritte. Hinweise auf lesenswerte Literatur, z.B. mit Tipps für Kalkulationen, finden sich auf der Internetseite: www.solidarische-landwirtschaft.org

Die unterstützenden Angebote sind nicht an eine Mitgliedschaft im Netzwerk gebunden. Weil die Aufgaben und Möglichkeiten zurzeit stetig wachsen und komplett durch Mitgliedsbeiträge finanziert werden, sind alle Interessierten, denen der weitere Aufbau von Solidarhöfen und eine selbstbestimmte Organisation wichtig sind, aufgerufen das Netzwerk mit einem selbst gewählten Beitrag bzw. einer Mitgliedschaft zu unterstützen. Auch im Oktober läuft noch die Mitgliederkampagne „40 in 4 Wochen!“



Workshop der SoLaWi Frankfurt auf dem Dottenfelder Hof in Bad Vilbel. Was wollen wir? Wie machen wir weiter? Wo ist der passende Betrieb?

Foto: Nürnberger

Hof gesucht

In Frankfurt suchen solidarische Menschen einen passenden Hof

Vor ca. zwei Jahren entstand in Frankfurt eine Gruppe von Menschen mit Interesse an solidarischer Landwirtschaft. Entstanden war dieses Interesse in Form einer Art Arbeitsgruppe aus der in Frankfurt aktiven Transition-Town-Bewegung. Transition-Town, was in etwa mit Stadt im Wandel übersetzt werden kann, ist das Bestreben von Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen, einen Übergang zur nicht mehr auf fossile Rohstoffe angewiesenen Gesellschaft mit einem ausgeprägten regionalen statt globalisierten Bezug. Schnell fanden sich damals Interessierte, für die eine regionale, ökologisch vertretbare Lebensmittelproduktion gepaart mit der verbindlichen Übernahme von Verantwortung für den produzierenden Betrieb eine spannende Perspektive darstellte. Inzwischen gibt es eine feste Kerngruppe mit ca. zwölf Personen, die sich regelmäßig trifft und Veranstaltungen organisiert. Vor allem aber sucht sie einen passenden Betrieb. „Wir haben viel gelernt“, fasst Doris ihre Erlebnisse des vergangenen Jahres zusammen. Damit bezieht sie sich vor allem auf die Strukturen und die Situation der Höfe im Rhein-Main-Gebiet.

Den kleinen vielfältigen Biobetrieb mit umfangreichem Gemüseangebot in Stadtnähe hat die Initiative bisher noch nicht gefunden. Viele Betriebe sind spezialisiert, haben verlässliche Vermarktungswege aufgebaut, eigene Hofläden oder Marktstände in der Großstadt. Zurückhaltend sei das Interesse an einem SoLaWi-Projekt. „Für diese Betriebe wäre es ein Experiment“, fasst Doris zusammen, „sie sind vorsichtig.“ Kontakt gab es auch schon zu Gärtnern, die gerne eingestiegen wären. Aber Land im Einzugsgebiet Frankfurt zu bekommen, stellte sich als unüberwindbares Problem dar. Trotzdem gibt man die Idee nicht auf. Derzeit hat man Kontakt zu einem Hof in der nördlichen Wetterau. Mit über 40 Kilometern ist das vielen aber zu weit. Zudem gibt es dort außer Kartoffeln bisher kein Gemüse. Schon lange gibt es Kontakte zur SoLaWi Birkenhof, vor den Toren Darmstadt. Auch hier gäbe es Möglichkeiten einzusteigen. Dennoch wäre es schön eine neue SoLaWi zu entwickeln, die Idee weiter zu tragen.

mm

Infos unter:
www.solawi-frankfurt-main.de

Brokkoli, immer wieder Brokkoli

Die Entscheidung über die Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren darf nicht dem Patentamt überlassen werden

Der Fall des Patents auf geköpften Brokkoli beschäftigt schon seit vielen Jahren das Patentamt. Für die Kritiker ist es inzwischen zu einem Fall geworden, der die vielen Details deutlich macht weswegen sie ein Patent auf Leben ablehnen. Im Sommer letzten Jahres hatte das europäische Patentamt in München erneut ein Patent auf den Brokkoli erteilt. Seitdem verfügt die Monsanto-Tochter Seminis über ein Patent auf Brokkoli aus konventioneller Zucht. Drei Jahre zuvor war der sich auf das spezielle Verfahren zur Züchtung eines Gemüses beziehende Teil des Patentantrags abgelehnt worden. Das Europäische Patentamt (EPA) in München kam zu dem Schluss, dass „im Wesentlichen biologische Verfahren“ nicht patentierbar sind. Die Pflanzen sind angeblich leichter zu ernten, weil der „Stamm“ etwas länger ist. Das Patent erstreckt sich auf die Pflanzen, das Saatgut und den „geköpften Brokkoli“ sowie auf eine „Vielzahl von Brokkolipflanzen, die auf einem Feld wachsen“. Sie wurden durch einfache Kreuzung und Selektion gezüchtet. Und genau hier setzt die Kritik an. Patente sollten ursprünglich die Erfindung bzw. Entwicklung von Chemikalien und mechanischen Produkten schützen. Bei der Ausweitung auf Lebewesen entstehen vielfältige Probleme, weil unter anderem die erfinderische Leistung oft nicht klar zu benennen ist, die Formulierungen sehr allgemein bleiben, durch Patente die Monopolstellung einzelner Unternehmen ausgebaut wird und vielfältige Abhängigkeiten im Bereich der Nahrungsmittelversorgung

entstehen. Die Konzentration von Patenten auf Pflanzen und Tiere - schon heute kontrollieren nur drei Konzerne, Monsanto, Dupont und Syngenta, etwa 50 Prozent des globalen, kommerziell gehandelten Saatguts - stellt weltweit die Ernährungssouveränität in Frage.

Wir entscheiden!

Dass sich die große Beschwerdekammer, das höchste Organ des demokratisch weder legitimierten noch kontrollierten Pa-



Noch liegt das Brokkoli-Patent nicht auf Eis...

Foto: nimkenja/pixelio

tentamts erneut mit dem Brokkolipatent befasst, ist offenbar auf den großen gesellschaftlichen und politischen Druck zurückzuführen. Bereits vor der erneuten Erteilung des Patents im vergangenen Jahr hatten sowohl das Europäische Parlament als auch der Bundestag deutliche Kritik an diesen Patenten geäußert.

Tomatenpatent

Gleichzeitig mit der Anhörung zum Brokkolipatent wird auch der Fall einer patentierten Tomate verhandelt. Der Vorwurf: Anders als es die Patentschrift offenbar suggeriert, ist diese Tomatensorte nicht mittels Gentechnik erzeugt, sondern, wie ebenfalls dem Patentantrag zu entnehmen ist, ein Produkt konventioneller Züchtung. Die gewünschte Pilzresistenz beruht auf dem Zusammenspiel verschiedener Gene mit im Einzelnen unbekannter DNA-Sequenzen. Eine künstliche Kombination war deshalb nicht möglich. Die neue Sorte konnte also nur durch konventionelle Methoden gezüchtet werden.

Politische Entscheidung

Obwohl sich das Patentamt erneut mit dem Fall beschäftigt, ist es nicht der richtige Ort um grundlegende Fragen zum Umgang mit Patenten auf Leben zu klären. Dessen ist sich Christoph Then von Testbiotech sicher. Er sieht vielmehr die politischen Institutionen in der Pflicht, sich mit der Thematik eines umfassenden Verbots von Patenten zu beschäftigen. *mm*

Demo am 27. Okt siehe Seite 22.

Gleiches Recht für alle

Auskunftsersuche müssen für europäisch wie auch national geschützte Sorten gleich aussehen

Es gibt mal wieder eine positive Meldung in Sachen Nachbau aus dem Gerichtssaal. Und zwar aus dem des Landgerichts in Düsseldorf. Dort entschied die zuständige Kammer, dass auch für national geschützte Sorten Auskunft nur mittels eines sortenspezifischen Auskunftsersuchens im entsprechenden Wirtschaftsjahr für eben dieses verlangt werden darf. So eine Rechtsprechung hatte es bereits für europäisch geschützte Sorten gegeben, auf Grundlage eines in der europäischen Nachbauverordnung vorhandenen Textabsatzes, der das genauso festlegt. Diesen Absatz gibt es im deutschen Recht nicht. Für die nach nationalem Schutzrecht geschützte Wintergerstensorte Franziska,

so meinte denn die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) müsse man also auch noch Auskunft, Nachbaugebühren und Schadensersatz bekommen können, wenn man im September 2010 eine Aufbereiterrechnung vorlege, aus der hervorgehen soll, dass der beklagte Bauer Franziska im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2009/10 angebaut hatte. Unabhängig davon, dass der Anwalt der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, Jens Beisman, dem Gericht plausibel machen konnte, dass der Bauer gar keine Franziska angebaut hatte, entschied das Gericht, dass „der deutsche und der gemeinschaftsrechtliche Sortenschutz im Einklang“ stehen. Sprich, es urteilte, dass

Voraussetzung für die Auskunftspflicht in Sachen Nachbau der Bauern ist, „dass der Sortenschutzinhaber ein entsprechendes sortenspezifisches Auskunftsverlangen an den Landwirt richtet und zwar in dem Wirtschaftsjahr, für das Auskunft verlangt wird.“ *cs*

Wer war's?

In der letzten *Unabhängigen Bauernstimme* ist uns auf Seite 15 ein fast unverzeihlicher Fehler in Sachen Urheberschaft des Textes unterlaufen. Der Bericht zur Fahrt der IG Nachbau ins französische St. Omer wurde von IG-Sprecher Gerhard Portz verfasst.



Kokopelli

Vor inzwischen 9 Jahren hatte das in Frankreich relativ große Saatgutunternehmen Graines Baumaux die Saatgut-Erhaltungsinitiative Kokopelli, die alte Sorten in Frankreich vertreibt, verklagt. Es handele sich um Sorten ohne Zulassung, deshalb sei eine kommerzielle Nutzung nicht erlaubt, so die Argumentation der Kläger. Aspekte des Falls waren auch vor dem Europäischen Gerichtshof gelandet und trotz eines zunächst anders lautenden Schlussantrags des Generalanwalts gegen die freie Vermarktung nicht oder nicht mehr zugelassener Sorten entschieden worden. Nun beschäftigte sich erneut das örtliche Gericht in Nancy mit der Berufung, die Kokopelli damals gegen ihre Verurteilung eingelegt hat. Unter Wettbewerbsgesichtspunkten gab es Kokopelli recht, schließlich hätte auch Graines Baumaux theoretisch die Sorten verkaufen können. Und die Zulassung sei doch nur ein geringer Aufwand, konstatierte das Gericht. Es macht aber auch eine nicht ganz eindeutige Anmerkung zum Saatgutverkehrsrecht, dem unter Umständen noch eine Bedeutung im Zusammenhang mit der Revision des EU-Saatgutrechts zukommt, die derzeit ansteht. Es bringt die Zulassungspflicht in Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes, wobei nicht klar ist, ob es um den gewerblichen Saatgut-Verkauf oder die Verwendung des Saatguts zu gewerblichen Zwecken im Anbau geht. *cs*

Saatgut für die Vielfalt

Die neue EU-Saatgutgesetzgebung muss Vielfalt fördern – auf dem Acker wie auf dem Markt

Hoffest auf der Fürmannalm

Trotz widrigen Wetters war das Hoffest im Rahmen der „Bayerischen Öko-Erlebnistage 2014“ auf der Fürmannalm von der AbL-Bundvorsitzenden Gertraud Garfus bei

Anger hervorragend besucht. Bei Ochsenbraten, Ochsenulasch und Ochsenfleckerl vom Grill und veganem Eintopf gab es viele Informationen und musikalische Umrahmung von der „Weißbiermusi“ mit ihren schneidigen Stücken. Zum agrarpolitischen Frühschoppen konnten die Almbesitzerin Gertraud Gafus und der Leiter des Landwirtschaftsamtes Traunstein, Alfons Leitenbacher, als Referenten Dr. Josef Heringer, Landschaftsökologe, Christoph Fischer von EM (Effektive Mikroorganismen) Chiemgau, Sepp Schmid, Landesvorsitzender der AbL Bayern und Georg Planthaler begrüßen. Die vier beleuchteten verschiedenen Aspekte der ökologischen Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf Menschen, Tiere, den Boden und die Umwelt generell. Dr. Heringer begann sein Referat mit einem Zitat von Mahatma Ghandi; „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht genug für jedermanns Gier.“

Alois Albrecht
AbL-Bayern

Die Ablehnung einer einheitlichen europäischen Saatgutverordnung durch das EU-Parlament im März dieses Jahres gilt als großer Erfolg für alle, die sich Sorgen um die Nutzpflanzenvielfalt auf den Äckern und in den Gärten machen. Damit ist das Thema aber nicht vom Tisch, denn die Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucher (DG Sanco) der neu gewählten EU-Kommission bereitet schon den nächsten Vorschlag vor und hatte bis zum 15. September um Stellungnahmen der Interessengruppen gebeten.

Spatz oder Taube?

Fast so komplex wie das Saatgutrecht ist auch die Abstimmung zwischen den vielen Organisationen, die gemeinsam die Agrobiodiversität fördern, bäuerliche Rechte verteidigen und Gentechnik und Patente abwehren wollen. Die European Coordination La Via Campesina (ECVC), in der die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit anderen unabhängigen Bauernorganisationen europaweit vernetzt ist, hatte sich in einer Pressemitteilung vom Dezember 2013 für den Entwurf ausgesprochen. Die in Saatgutfragen tonangebende Confédération Paysanne aus Frankreich sah durch die „Nische“ für Erhaltungssorten und die Möglichkeit „heterogenes Material“ registrieren zu lassen, zumindest eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse und fürchtete zudem, dass sich durch das Freihandelsabkommen TTIP in einem Europa ohne einheitliches Gesetz das US-amerikanische Patentsystem durchsetzen könnte. Die AbL hatte sich allerdings bereits im Juli 2013 in der „Gemeinsamen Erklärung zur Reform des EU-Saatgutrechts“ mit der österreichischen

Erhalterorganisation Arche Noah, der deutschen Bingenheimer Saatgut AG und vielen anderen Organisationen gegen die Verordnung positioniert. Die Hauptkritikpunkte waren, dass jeglicher Tausch und Handel nur noch mit registriertem Saatgut zwischen registrierten „Unternehmern“ stattfinden dürfte und die Zertifizierung von handelsüblichem Saatgut nach den Kriterien Unterscheidbarkeit, Einheitlichkeit und Stabilität (auch DUS-Kriterien, vom engl. Distinct, Uniform, Stable) nicht an die Bedürfnisse ökologisch gezüchteter Sorten angepasst wurden. Außerdem blieb die Befürchtung, dass eine europaweite Regelung großen Unternehmen erleichtert, auch die kleinstrukturierten Märkte zu erschließen, auf denen bisher noch mit nicht-registrierten Landsorten gehandelt wird.

Vielfalt an Eingaben

Im vergangenen halben Jahr haben AbL und junge AbL innerhalb der ECVC-Saatgutgruppe daran gearbeitet, von diesem Widerspruch zu einem Konsens für die Eingabe an die EU-Kommission zu gelangen. In den übergeordneten Punkten: bäuerliche Rechte, Gentechnik, etc. sind sich alle Mitgliedsorganisationen einig. Es bleibt aber bei unterschiedlichen Bewertungen, ob der Saatgutmarkt grundsätzlich frei sein soll, mit Kennzeichnungspflicht der Züchtungsmethode und Einschränkungen für GMO und ähnliche Technologien, wie die Österreichische Berg- und KleinbäuerInnen Vereinigung (ÖBV) und die junge AbL fordern. Wir sehen darin die Chance, dass Bauern ihr Saatgut frei handeln oder tauschen könnten, während kleinere Züchter und Erhaltungsorganisationen nicht länger als Nische mit hohen bürokratischen Auflagen

behandelt würden, sondern als gleichberechtigter Teil eines vielfältigen Marktes. Vor allem in der Confédération Paysanne wird eine stärkere Regulierung des Marktes als besserer Schutz vor dem Einfluss von Großkonzernen gesehen. Da die endgültige Eingabe von ECVC an die EU-Kommission vom Coordinating Committee, dem Exekutivorgan von ECVC, verfasst wird und den Mitgliedsorganisationen vor der Abgabe nicht mehr vorgelegt wurde, haben sich verschiedene Mitgliedsorganisationen und auch die Saatgutaktivisten innerhalb der AbL entschlossen, zusätzlich eigene Eingaben zu verfassen, um unsere Schwerpunktthemen zu betonen. Darin beziehen wir uns auf die Verpflichtung der EU zur Erhaltung der Agrobiodiversität und fordern verschiedene Maßnahmen. Zentral sind vor allem die Anpassung der DUS-Kriterien, um genetisch variablen Sorten Zugang zum professionellen Saatgutmarkt zu gewähren, aber auch die Freiheit, nicht zertifiziertes Saatgut zu kaufen, wenn der Hersteller nach dem Ermessen des Kunden vertrauenswürdig ist. Darüber hinaus fordern wir die Gewährleistung des Zugangs zu GMO-freiem Saatgut sowie eine staatliche Förderung der Zertifizierung, damit die Kosten kein Markthindernis für kleine Unternehmen darstellen.

Nationale Bewegung

Das letztjährige nationale Bündnis der „Gemeinsamen Erklärung“ hat auf Basis der Forderungen vom vergangenen Jahr ebenfalls einen Vorschlag eingereicht. Allerdings haben sich die Bingenheimer Saatgut AG und der Bund für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) entschieden, diesmal eigene Vorschläge einzureichen, um stärker für die aus ihrer Sicht politisch am ehesten realisierbare und für ökologische Züchter überlebenswichtige Anpassung der DUS-Kriterien zu werben. Grund für den Austritt aus dem Bündnis war die Überlegung, ob diese Forderung untergraben wird, wenn die amtliche Marktzulassung für traditionell gezüchtete Sorten freiwillig bleibt, wie das Bündnis vorgeschlagen hatte. Trotzdem wollen sich alle Beteiligten bei der Durchsetzung der gemeinsamen Punkte unterstützen. Wir hoffen, dass die Vielfalt der Eingaben der Kommission vermittelt, wie viele Menschen für Schutz und Förderung der Nutzpflanzenvielfalt kämpfen und dazu führt, dass die Ideen der Praktiker aus den unterschiedlichen Bereichen Gehör finden und einander ergänzen.

Kaya Thomas & Anna Kenner,
junge AbL



Es wächst eine neue EU-Saatgutgesetzgebung

Foto: Arnold/pixelio

Weiter schattiger Schein?

Registergerichte überprüfen LPG-Nachfolger

Der brandenburgische CDU-Abgeordnete Dieter Dombrowski wollte es genau wissen. In einer kleinen Anfrage hakte er noch bei der alten Landesregierung nach, was eigentlich aus der Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission des Brandenburger Landtags zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit bezüglich der fehlerhaften LPG-Umwandlungen geworden sei. Der Jenaer Professor Walter Bayer hatte als Gutachter in der Enquete-Kommission referiert, in der auch Dombrowski Mitglied war. Er hatte anhand seiner Forschungsergebnisse aus dem Jahr 2002 dargestellt, dass ein Großteil der LPG-Umwandlungen nach dem Ende der DDR fehlerhaft und 11 % in Brandenburg gänzlich ungültig sind. Daraufhin empfahl die Enquete-Kommission dem Land Brandenburg die Registergerichte, bei denen die Nachfolgeunternehmen eingetragen sind, zu Überprüfungen aufzufordern. Die Anfrage Dombrowskis ergab nun, dass das Land dahingehend seine Hausaufgaben gemacht hat, dass alle vier in Brandenburg existierenden Registergerichte sich mit der Sache befassen. Interessant ist allerdings zu welchen Ergebnissen sie bislang gekommen sind.

Geprüft wird

Von den 365 in Brandenburg als Rechtsnachfolger aus LPG-Umwandlungen hervorgegangenen Unternehmen wurden 39 in der Studie Bayers als komplett ungültig klassifiziert. Von diesen sind über die Jahre acht bereits aus den Registern gelöscht worden – weil sie aus irgendwelchen Gründen nicht mehr existieren. Von den noch 31 sogenannten Scheinnachfolgern werden über 33.000 ha Land bewirtschaftet. Vier Registergerichte teilen sich die Regionen Brandenburgs auf und sind in ihrer Arbeit an den Scheinnachfolgern offenbar unterschiedlich weit. In Cottbus wurden 14 Gesellschaften überprüft, in drei Fällen teilte das Gericht nicht die Auffassung Bayers, dass es sich um gescheiterte Umwandlungen gehandelt hatte, in einem Fall hatten bereits vorher Beteiligte, also wahrscheinlich ehemalige LPG-Mitglieder, ein entsprechendes Ergebnis erzielt. „In den übrigen Fällen hat das Registergericht nach entsprechender Prüfung von einer Amtslöschung abgesehen“, heißt es in der Antwort des brandenburgischen Justizministers Helmuth Markov (Linke) auf Dombrowskis Anfrage. Ähnlich ist es in Neuruppin: von den vier zu überprüfenden Unternehmen steckt eins im Insolvenzverfahren, bei den drei anderen wurde die Löschung nach der Prüfung abgelehnt.



So mancher K 700 wechselte 1990 von einer LPG in eine Genossenschaft oder auch nur zu einem Scheinnachfolger...
Foto: ich/pixelio

In Potsdam wurden zehn Unternehmen überprüft, eine Umwandlung als rechtmäßig eingestuft, die übrigen wurden angehängt, mehr ist offenbar noch nicht klar. Und auch das Registergericht Frankfurt (Oder) ist noch dabei, drei Gesellschaften zu überprüfen.

Was wird?

Wenn am Ende die Überprüfungen endgültig abgeschlossen sind, scheint es nach den ersten Zwischenergebnissen, die in der Antwort der Landesregierung auftauchen, fast unwahrscheinlich, dass auch nur ein Unternehmen für tatsächlich rechtswidrig durch eine Löschung aus dem Register erklärt wird. Zu weitreichend legen offenbar die Gerichte den Schutz bestehender Unternehmen gegenüber eventuell vorhandenen Einzelinteressen von ehemaligen LPG-Mitgliedern, die erneut Vermögensauseinandersetzungen anschieben könnten, aus. Jedenfalls meint man das zwischen den Zeilen zu lesen, wenn in der Antwort auf Dombrowskis Fragenkatalog ausdrücklich der Datenschutz für die betroffenen Unternehmen und die große Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit der Registergerichte betont wird. Gleichzeitig sei „zu berücksichtigen, dass es sich bei den von Prof. Dr. Bayer als unwirksam erachteten LPG-Umwandlungen lediglich um eine rechtliche Bewertung handelt (...). Die Untersuchungsergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Bayer werden von den Registergerichten zwar zum Anlass einer registerrechtlichen Überprüfung der darin als Scheinrechtsnachfolger bezeichneten 39 Gesellschaften genommen. Die Feststel-

lung, ob es sich dabei tatsächlich um Scheinrechtsnachfolger handelt und eine Löschung unrichtiger Registerertragungen veranlasst ist, bleibt jedoch ausschließlich der unabhängigen Entscheidung der Registergerichte vorbehalten.“

Viel Ermessen

Es sei in das alleinige Ermessen des Registergerichtes gestellt, ob ein wesentlicher Mangel, der zu einer unzulässigen Eintragung führt, vorliegt oder nicht. „Auch wenn die Voraussetzungen für eine Löschung vorliegen, ist das Registergericht zur Vornahme der Löschung nur berechtigt, aber nicht verpflichtet“, heißt es in der Antwort des Justizministers. Und weiter: „Bei der Abwägung, ob eine Amtslöschung vorzunehmen ist, sind insbesondere das öffentliche Interesse an der Richtigkeit und Vollständigkeit des Registers als auch die Auswirkungen auf den Betroffenen sowie eine eventuelle Schädigung Dritter zu berücksichtigen. Zugunsten des Fortbestandes bestehender Eintragungen können bei der registerrechtlichen Prüfung beispielsweise eine drohende Existenzgefährdung, langjährige wirtschaftliche Betätigungen sowie die Erhaltung geschaffener Werte berücksichtigt werden.“ Betroffene Einzelpersonen könnten natürlich zivilrechtliche Verfahren anstrengen, heißt es in der Antwort auch. Aber gibt es in dieser Ausgangssituation, in der relativ offensichtlich ist, dass die Nachfolgeunternehmen in ihrer Wirtschaftstätigkeit geschützt werden sollen, Hoffnung auf Erfolg? Es scheint als schützten die alten langen Schatten weiterhin. cs

Keine Spekulation mit Boden

Gemeinsam mit Bundespolitikern der Union haben die Landtagsfraktionen von CDU und CSU sich in ihrer „Wörlitzer Erklärung“ kritisch gegenüber dem Greening geäußert und es als „bürokratisches Monster“ geschmäht. Außerdem geben sie in der Erklärung ihrer Besorgnis hinsichtlich der Preisentwicklungen auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt Ausdruck. Sie sprechen sich dafür aus, die Regelungen zur Anzeigepflicht und für den definierten Flächenkauf anzupassen. Bei Anteilsverkäufen müsse Transparenz hergestellt werden. Der Bund wird aufgefordert, die Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) „im angemessenen Rahmen und zu vertretbaren Preisen“ an die Länder zu übertragen. Boden sei kein Spekulationsobjekt, so das Credo von CDU und CSU. cs

Für eine andere Agrarpolitik

Sachsen, Brandenburg und Thüringen hatten es auch satt

Seit nunmehr vier Jahren gehen jeden Januar in Berlin Zehntausende unter dem Motto „Wir haben es satt!“ auf die Straße, 2014 kamen über 30.000 Menschen. Doch neben den bundesweiten Demonstrationen finden zunehmend auch auf Bundesländer-Ebene „Wir haben es satt!“-Demonstrationen statt. So gingen bereits 2012 in Hannover und Kiel anlässlich der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen tausende Menschen auf die Straßen, 2013 folgte München mit 8.000 Menschen.

Ziel Frauenkirche Dresden

Dieses Jahr gab es vor den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gleich drei große „Wir haben es satt!“-Demonstrationen. Den Auftakt machte Anfang Juli Dresden. Mehr als 3.000 Menschen gingen dort für eine tier-, menschen- und umweltfreundliche Landwirtschaft und gesundes Essen auf die Straße. Nach der Auftaktkundgebung zog der Demonstrationzug, angeführt von Traktoren und begleitet von Musik und Menschen in Tierkostümen, durch die Dresdener Innenstadt zur Frauenkirche, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Gefordert wurde eine größere Wertschätzung der Nahrungsmittel und deren Erzeugung sowie ein Wandel in der sächsischen Agrarpolitik. Zu der Demonstration hatte das

im Mai dieses Jahres neu gegründete Agrar- und VerbraucherInnenbündnis „Meine Landwirtschaft Sachsen“ aufgerufen, dem zahlreiche ErzeugerInnen- und VerbraucherInnenverbände, Umwelt- und Naturschutzvereine sowie BürgerInneninitiativen angehören. Verschiedene RednerInnen setzten sich konkret für ein Ende der industriellen Massentierhaltung, gegen das Freihandelsabkommen TTIP, für eine Neuordnung der Agrarsubventionen, die Förderung von Jungbäuerinnen und -bauern sowie eine ökologischere Landwirtschaft ein.

Potsdam Ende August

„Wir haben es satt! Massentierhaltung abwählen!“ forderten 3.000 DemonstrantInnen die Abkehr von der Agrarindustrie hin zu einer bäuerlichen, tier-, natur- und umweltgerechteren Landwirtschaft. Vom Startpunkt, dem Potsdamer Hauptbahnhof, zogen die Demonstrierenden hinter einem Traktorkonvoi lautstark durch das Zentrum von Brandenburgs Landeshauptstadt zur Abschlusskundgebung. Organisiert wurde die Demonstration, neben der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, vom Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, welches sich 2013 gegründet hat und derzeit in einer Volksinitiative überaus erfolgreich Unterschriften gegen industrielle Massentierhaltung in Brandenburg

sammelt. Bereits eine Woche später folgte Erfurt mit der ersten „Wir haben es satt!“-Demonstration in Thüringen. 800 Menschen schlossen sich dem Aufruf der InitiatorInnen an – ein großer Erfolg für die Landeshauptstadt. Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen und GärtnerInnen, Tier- und UmweltschützerInnen sowie viele VerbraucherInnen lehnen die weitere Anwerbung von industrieller Massentierhaltung und die bisherige Landvergabe-Politik in Thüringen ab. Sie demonstrierten für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und forderten von der neuen Landesregierung eine sofortige Agrarwende. Angeführt wurde die Demonstration von Traktoren und Imkerfahrzeugen. Auch in Thüringen gründet sich derzeit ein Agrar-Bündnis auf Landesebene.

Die „Wir haben es satt!“-Demonstrationen der letzten Jahre zeigen: immer mehr Menschen lehnen das bestehende System der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ab und tragen ihre Forderung nach einer echten Agrarwende auf die Straße. Und deswegen wird es am 17. Januar 2015 auch in Berlin wieder heißen „Wir haben es satt!“. Für gutes Essen und eine gute Landwirtschaft. Für Alle!

Iris Kiefer,
Meine Landwirtschaft

Faire Landwirtschaft weltweit

Diese Übersicht, die es im A1 Format in sich hat, liefert Informationen zu lokalen und globalen Zusammenhängen zwischen der Milch- und Nahrungsmittelerzeugung in Europa und dem Hunger und der Vertreibung in Afrika und Südamerika. Dazu werden vier Themenbereiche aufgezeigt und in provokanten Titeln, wie z.B. „Milch billiger als Wasser?“ zusammengefasst. Zehn, auch optisch vorhandene Punkte „Für eine faire Landwirtschaft weltweit“ sollen zum Nachdenken anregen und zeigen Möglichkeiten auf, sich selbst zu engagieren. Das auch als Unterrichtsmaterial gedachte Plakat ist insgesamt sehr komplex und komprimiert; durch QR-Codes, die per Handy eingesehen werden können, wird auf Internetseiten zum Weiterlesen hingewiesen. Herausgeberin ist die Aktion 3. Welt Saar im Rahmen der Kampagne „ERNA goes fair“ (ERNA = Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit), die von Bauern, Umweltschützern, 3. Welt-Engagierten und Gewerkschaften unterstützt wird. Vorge stellt wurde das Plakat im August gemeinsam mit dem saarländischen Minister für Bildung und Kultur, Ulrich Commerçon, auf einem regionalen Milchviehbetrieb. cw
Mehr unter:
www.a3wsaar.de



3.000 Menschen demonstrieren in Potsdam für eine bessere Landwirtschaft

Foto: Die Auslöser Berlin

Kleine schwarzbunte Jubilare

Verein zum Erhalt des Schwarzbunten Niederungsrinds besteht seit 25 Jahren

Das Dörphus Nortmoor, ein aufgelassener Gulfhof in dem gleichnamigen Dorf im ostfriesischen Landkreis Leer, war bald voll besetzt, als sich dort am Samstag, 31. Mai 2014, gut 40 Mitglieder des Vereins zur Erhaltung und Förderung des Deutschen Schwarzbunten Niederungsrindes (DSN) trafen. Der Anlass: Das 25-jährige Bestehen des Vereins. Als er am 7. Mai 1989 in Edeweht-Osterscheps im Ammerland, nahe Oldenburg, von einer Handvoll engagierter Männer gegründet wurde, stand die älteste Rinderrasse Deutschlands, deren Herdbuchzucht 1876 begonnen hatte, unmittelbar vor dem Aussterben. Seine Anfänge hatte das DSN-Rind entlang des Nordsee-Wattenmeeres von den Niederlanden über die deutsche Küste bis Dänemark. Besonders Holland und Ostfriesland waren seit Jahrhunderten für ihre leistungsfähigen Rinderschläge bekannt, die ursprünglich rotbraun und rotbunt gefärbt waren. Die schwarzbunte Farbe entstand durch Viehimporte aus Dänemark, die verstärkt nach Seuchen und Sturmfluten mit hohen Tierverlusten notwendig geworden waren. In Deutschland breiteten sich die Schwarzbunten allmählich in alle Regionen aus. Der Zweite Weltkrieg stellte einen herben Einschnitt dar. Bestände waren vernichtet und durch die neuen Ländergrenzen regionale Zuchtaktivitäten verändert. Futtermangel und Tierseuchen taten ein Übriges. Doch nach und nach ging es wieder aufwärts, Oldenburg und vor allem Ostfriesland als Spitzenreiter konnten sehr viel Zuchtvieh exportieren. Der Niedergang der alten Rasse begann um 1965, als man immer stärker Holstein-Frisian einkreuzte. Um 1985 verschwanden die letzten DSN-Bullen in Norddeutschland aus den Zuchtprogrammen.

Lebendiges Erbe

Von ehemals zwei Millionen Tieren waren in Deutschland nicht einmal 500 übriggeblieben, davon überwiegend solche, die friesisch-holländisches Blut führten. Der Bestand an Kühen mit norddeutschen Stammbäumen war sogar auf unter 20 Tiere geschrumpft, die zudem sehr alt waren. Mit der Gründung eines Vereins wollten acht zuversichtliche Freunde des Deutschen Schwarzbunten Niederungsrindes versuchen, das völlige Verschwinden der alten Rasse aufzuhalten. Bis zum nächsten Treffen im Herbst 1989 in Visbek stieg die Anzahl der Mitglieder auf 16. Bei dieser Zusammenkunft wurden die noch heute gültigen Aufgaben und Zuchtziele des Vereins festgelegt. Dazu gehört

das Erfassen der vorhandenen Tiere, ihre Registrierung bis maximal 50 % HF, das Züchten und Absamen rasseentsprechender Bullen, Bereitstellung von Infomaterial und Beratung für Mitglieder sowie die Vertretung der Vereinsinteressen gegenüber Behörden. Das Zuchtziel: ein langlebiges, robustes Zweinutzungsrind mit guter Mast- und Weidefähigkeit und einem Milch-Fleisch-Verhältnis 60:40, der Eignung für konventionelle und ökologische Landwirtschaft und einer jährlichen Milchleistung von durchschnittlich 6.500 kg Milch bei 4,1 % Fett und 3,5 % Eiweiß.

Es geht bergauf

Um neues öffentliches Interesse für das DSN-Rind zu wecken, wurden seit 1989 zahlreiche Schauen mit DSN-Tieren beschickt. Mit von der Partie in der Förderung des DSN-Rindes ist die Universität Kassel, sie hat auf der Staatsdomäne Frankenhausen einen Versuchsbetrieb zur ökologischen Landwirtschaft eingerichtet. Der Verein zur Erhaltung des Deutschen Schwarzbunten Niederungsrindes zählt jetzt über 140 Mitglieder. Dabei halten sich konventionell geführte Höfe und Biohöfe in etwa die Waage. Das Hauptzuchtgebiet liegt im westlichen Niedersachsen. Der Bestand an reinen DSN-Kühen beträgt aktuell 262 Tiere, von Kühen mit maximal 50 % Fremdblut (nur Holsteins) 514 Tiere. Derzeit sind 35 Bullen über Besamung und 25 Bullen über Natursprung im Einsatz. Nicht ohne Stolz blickt der Verein auf die vergangenen 25 Jahre. „Der Erhalt alter und seltener Rassen ist kein Selbstzweck“, sagt Gründungsmitglied Uwe Allers. Vielmehr gehe es darum, genetisch bedingte Eigenschaften zu erhalten, die jetzt oder später wieder von Bedeutung sein könnten. *ms*

Weitere Informationen:

Hans-Jürgen Euler: alex6662@t-online.de.



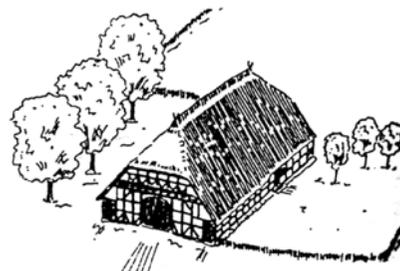
Rind Marita blickt nach vorne

Foto: VESN

Von wegen blöde Kühe!

Es hat lange gedauert, aber nun ist es endlich soweit. Alle unsere Rindviecher sind im Sommer auf der Weide oder haben Zugang zu einem Auslauf, in dem sie Wind und Wetter ausgesetzt sind. Kein Kälbchen, und sei es auch noch so klein und zart, bleibt im Stall. Sie lieben es, draußen zu sein, egal, wie das Wetter ist, und schon nach wenigen Tagen scheinen sie die großen drei schleswig-holsteinischen Grundsätze, das Wetter betreffend, verinnerlicht zu haben.

Erstens: Wir sind nicht aus Zucker. Zweitens: Das ist nur ein Schauer. Drittens: Dahinten wird es schon wieder hell.



Eine Bauer aus dem Schleswig-Holstein erzählt

Die Tränkekälber haben nun eine eigene Sommerweide, mit Zugang zum Kälberstall, sie können also ständig rein und raus, und es ist eine große Freude, ihnen bei ihren Wettrennen und dem unbeschwerten Herumtoben zuzusehen.

Ebenso schön ist es, wenn sie faul in der Sonne liegen und

pennen. Nur die Schwänze schlagen hin und wieder, um Fliegen zu verscheuchen. So liegen sie und „chillen ihr Leben“, wie meine Kinder sagen würden, und erst, wenn die Tränkeimer klappernd ans Gatter gehängt werden, wachen sie auf und stürzen sich gierig auf die Nuckel, sich gegenseitig immer wieder wegdrängelnd, denn der Nachbarnuckel schmeckt immer besser als der eigene, ist ja klar.

Die Absetzer kommen, drei Monate alt, zunächst in eine Jungviehbox mit Zugang zu einem befestigten Auslauf, der mit mobilen Panels abgezäunt ist und an den Treibweg der Milchkühe grenzt. So haben Jung und Alt Kontakt zueinander und lernen sich kennen. Obwohl wir uns alle Mühe geben, das Absetzen so allmählich wie möglich zu gestalten, gibt es doch oft erst einmal Gebölke, wenn die Milchtränke ganz ausbleibt. Die großen Kälber stehen dann in der Box und böllern uns, die sonst so zuverlässigen Milchlieferanten, abwechselnd empört und kläglich flehend an, manchmal bis zur Heiserkeit, ehe sie sich in ihr Schicksal fügen und mit Wasser, Silage und Schrot vorliebnehmen.

Zuletzt aber hörten zwei Angeliter-Kälber, für gewöhnlich etwas cleverer als die Schwarzbunten, erstaunlich früh mit dem Entzugsböllern auf. Erst dachten wir uns gar nichts dabei; wir glaubten einfach, sie seien eben schlauer und fügten sich deshalb schneller in ihr Schicksal, bis ich eines Nachmittags entdeckte, wie eben diese beiden Kälber an den Panels standen, die Köpfe durch die Lücken der Stahlrohre gesteckt, an den Eutern zweier Kühe nuckelnd, die bereitwillig auf der anderen Seite des Panels standen und sich nachbeziehungsweise vormelken ließen. Da hatten sie sich also gefunden, Jung und Alt, und alle schienen damit ebenso glücklich zu sein wie ich. Denn ich stand im Stall, beobachtete meine geliebten Rindviecher und hatte ein seliges Lächeln im Gesicht. Wieder einmal hatten sie es geschafft, mich zu überraschen. Von wegen blöde Kühe!

Landwirtschaft als Zukunftsperspektive

In Lettland ist Landwirtschaft eine echte Option gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit

Letland ist seit zehn Jahren in der EU. Die Wirtschaftskrise 2009 hat das Land gut überstanden und es konnte in den folgenden Jahren alle Voraussetzungen erfüllen, um im Januar 2014 den Euro zu übernehmen. Aber die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch und die Jugend geht immer noch in Scharen ins Ausland. Zwei lettische Familien haben mit ihrer Landwirtschaft einen Weg gefunden, ihren Kindern eine Zukunft in Lettland zu bieten.

und zwei Söhne, die mit auf dem Betrieb leben. Gemeinsam renovieren sie ein Haus und die Stallungen. Sie wollen noch einen Brunnen bohren, Drainage legen und ein Gewächshaus bauen. Der jüngere Sohn Janis (21) hat in Riga Holzverarbeitung studiert und richtet sich im Wohnhaus eine Werkstatt ein. Hier will er neue Möbel bauen, aber auch alte Stücke restaurieren. Seine Schwester wird in Riga ein Geschäft eröffnen und diese Produkte verkaufen. Die Familie hat inzwischen 80 ha

Fleisch wird selbst verbraucht und außerdem direkt vermarktet. Es ist sehr schmackhaft, Nagla kann das beweisen. Er arbeitete zu Sowjetzeiten als Armeekoch und tischt nun eine zarte Lammkeule auf, die er zwei Stunden über offenem Feuer gegart hat. Die Familie wirkt sehr zufrieden, trotz der Arbeit rund um die Uhr. Und was ist ihr Resümee nach zehn Jahren EU-Mitgliedschaft? „Die Subventionen helfen uns den Hof aufzubauen“ sagt Nagla, „die Gelder kommen pünktlich und wir können Technik davon anschaffen.“ Ab und zu fährt er mit seinem Sohn Janis nach Deutschland und kauft gebrauchte Landmaschinen ein. Kritisch sieht er aber den lettischen Bauernverband. „Die sind nur für die Großen da!“

haben sie 450 ha Acker- und Weideland und zusätzlich 200 ha Wald. 50 Prozent der Flächen sind Eigentum, die andere Hälfte ist gepachtet.

Hofführung

Das Ehepaar Zadinsh hat sich Zeit genommen für ein Gespräch und macht zuerst eine Hofführung. Der Stolz auf das Erreichte ist ihnen anzumerken. Der Betrieb liegt in Alleinlage, umgeben von eigenen Äckern, Weiden und Wald. Neben dem neu gebauten Wohnhaus steht der Kuhstall mit Heuboden und Milchammer. Hinter dem Kuhstall sind der Misthaufen und der Auslauf für die 25 Rinder. Im Moment sind es 13 Milchkühe plus Nachzucht. Ein großer Teil der Landmaschinen steht in einigen Kilometern Entfernung auf einem zweiten Betriebsgelände.

Die tägliche Arbeit auf dem Hof ist klar eingeteilt: Iveta Zadinsh versorgt mit einem Arbeiter das Vieh. Sie melkt zweimal täglich. Falls sie mal keine Zeit hat, melkt eine Nachbarin. Aigars Zadinsh ist für den Ackerbau und die Bewirtschaftung des Waldes zuständig. Im Winter hat er eine zusätzliche Arbeitskraft, im Sommer bis zu vier. Seine Mutter Elma (77), die mit auf dem Hof lebt, backt in einer speziellen Küche Brot und lettische Spezialitäten für den Eigenbedarf und den Verkauf.

Es ist sehr schwer, zuverlässige landwirtschaftliche Angestellte zu finden. Zadinsh nennt das massenhafte Abwandern der lettischen Jugend ins Ausland „eine große Tragödie“, kann aber seinen Kindern eine Alternative zum Auswandern bieten. Das Ehepaar hat drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter. Die Söhne möchten den Hof später übernehmen, sie haben VWL und Agronomie studiert und der älteste Sohn besitzt jetzt schon einen Biobetrieb mit 30 Fleischrindern. Das Ziel



Familie Nagla baut ihren Hof noch auf, während...

Milchkühe?

Das ist Arbeit für Fanatiker, nicht für mich“, sagt Gints Nagla (47) und schmunzelt. Er sieht dabei seinen Sohn Martin (24) an. Der hat angekündigt, dass er loslegen will, sobald die Milchquote weg ist. Er hat jetzt schon zehn Fleischrinder und später sollen noch 15 Milchkühe dazu kommen. Abnehmer für die Produkte sind schon da. Die Familie will dann Milch und Käse in Riga direkt vermarkten. „Wir haben viele Freunde dort, die warten schon drauf“, meint Gints Nagla und so wie sein Leben als Bauer bisher verlaufen ist, wird das auch klappen.

Er ist vor acht Jahren mit seiner Familie aus Riga hierher nach Vidale in den Kreis Dundaga in Nordwest-Lettland gezogen und baut sich nun Stück für Stück eine Landwirtschaft auf. Seine Frau Santa (45) trägt zum Familienunterhalt bei, indem sie fünf Pflegekinder im eigenen Haushalt betreut. Außerdem macht sie die Buchführung. Das Ehepaar hat noch drei gemeinsame Kinder, eine Tochter, die in Riga wohnt

Acker- und Weideland, das sie laut Gints Nagla „gegen die Russen“ verteidigen müssen. Von den 80 ha sind erst 30 ha Eigenland und die Pachtverträge laufen in fünf Jahren aus. Dann haben sie Vorkaufsrecht, aber es gibt in der Nähe einen Russen, der sehr viel Geld hat und nur darauf wartet, das Land zu übernehmen. Er möchte einen großen Park anlegen, in dem er Jagdtourismus anbieten kann. Dieser Nachbar hatte Familie Nagla schon 4.300 Euro pro ha für ihren Acker geboten, sie nahmen das Angebot nicht an. „Wir haben hier einen Ausverkauf des Bodens“, sagt Nagla. Laut Statistik besitzen Ausländer 14 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Lettland, aber es gibt auch viele Spekulanten mit lettischem Pass, die mit dem Boden Geschäfte machen. Ein Standbein der Familie sind Schafe. Ihre Wolle wird an einen Wollverarbeitungsbetrieb verkauft, der traditionelle Kleidung und Stoffe herstellt. Im Herbst wurden 50 Tiere geschlachtet. Jetzt sind es noch 40 Muttertiere, die die Herde wieder aufstocken. Das

Düstere Wolken

Die Regierung plant, dass nur noch die Bauern unterstützt werden sollen, die mindestens 285 Euro/ha Gewinn im Jahr vorweisen können, und das ist eine große Herausforderung für die Familie. Das soll die „Sofabauern“ vom System ausschließen, die, die nur Land besitzen, aber nichts produzieren. Zwei Probleme gibt es noch, und das haben die meisten Bauern in Lettland gemeinsam, egal ob groß oder klein: Auf den Äckern gibt es massenhaft Steine und sehr viel Wildverbiss. Auch das Ehepaar Zadinsh kann ein Lied davon singen und zeigt zum Beweis auf einen Berg Geweihe, die an einer Hauswand aufgestapelt sind.

Der Betrieb des Ehepaars Aigars (53) und Iveta (50) Zadinsh gehört zu der Gruppe der landwirtschaftlichen Unternehmen, die in Lettland als „groß und gut produzierend“ bezeichnet werden. Sie begannen 1990 in der Nähe von Dundaga mit 17 ha Ackerland und 17 ha Wald aus dem Familienbesitz. Heute

Zahlen, Daten, Fakten

Letland liegt zwischen Estland und Litauen im Baltikum. Es hat 2.025.000 Einwohner, 400.000 weniger als noch vor dem EU Beitritt 2004. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP von 22,3 Mrd. Euro betrug im Jahr 2012 4,1 Prozent. (in Deutschland: 1 Prozent, Österreich: 1,5 Prozent, Schweiz: 1,1 Prozent). Die Arbeitslosigkeit betrug 2012 14,9 Prozent. 2010 gab es 83.400 landwirtschaftliche Betriebe, 1.073 wurden als „große, wirtschaftlich stabile Farmen“ bezeichnet, heute sind es ca. 2.000 große Betriebe (Daten für 2013 noch nicht verfügbar). Im Januar 2014 gab es 23.744 Milchbauern, 540 von ihnen haben mehr als 50 Kühe. Die Mehrzahl der Betriebe hat unter fünf Kühe. 43 Molkereien sammeln und/oder verarbeiten die Milch. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie haben einen Anteil von 20 Prozent am gesamten Export des Landes. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte sind Getreide und Milch.

des Ehepaars ist eine sichere wirtschaftliche Grundlage für den Hof, und damit für ihre Kinder. Dafür haben sie sich hoch verschuldet. Eine halbe Million Euro sind es im Moment und es ist zu merken, dass diese Last drückt. Es waren Investitionen nötig: Der Mähdrescher aus Russland war 24 Jahre alt und wurde vor drei Jahren von einer neuen Claas-Maschine ersetzt. Im letzten Herbst kamen noch 135 ha Ackerland dazu. Ein neuer, stärkerer Traktor ist jetzt nicht mehr drin, obwohl er dringend benötigt wird. Die beiden finnischen Fabrikate von Valtra mit 100 und 180 PS haben nicht genug Schlagkraft. Für die Ernte und Bodenbearbeitung bleibt wesentlich weniger Zeit als in Westeuropa. Das Getreide muss bis zum 1. Oktober gedreht sein, denn dann beginnt der Winter.

„Wenn ich damals gewusst hätte, wie wichtig es heute ist, Boden zu besitzen, hätte ich schneller begonnen, Land zu kaufen“, sagt Aigars Zadinsh. Ein ha kann in Lettland je nach Qualität und Lage zwischen 2.700 und 5.000 Euro kosten. Pachtland gibt es für 20 und 50 Euro pro ha. „Wir müssen hier mit den anderen Produzenten in der EU konkurrieren“, sagt Zadinsh und kommt damit auf das Thema zu sprechen, das ihm am meisten zu schaffen macht. 2013 bekamen sie ca. 100 Euro EU-Direktbeihilfen pro ha. Der lettische Staat gewährt zusätzlich noch Beihilfen u.a. für die Tierhaltung, zur Milchproduktion oder für Junglandwirte, die neu anfangen. Aber, das ist für Zadinsh sicher, das jetzige System der Direktbeihilfen ist extrem ungerecht. Bevorzugt werden müssten seiner Meinung nach die, die „richtig produzieren“ und nicht die kleinen Bauern, die nur wenig verkaufen und die Produkte selbst verbrauchen. „Das ist dann ja wie Arbeits-

losenhilfe, das ist doch nicht der Sinn der Unterstützung!“

Über dieses Thema könnte er in Wut geraten, wirkt aber doch ganz zufrieden, wenn er über die Vermarktung des Getreides spricht. „Seit sieben bis acht Jahren können wir unsere Produkte gut verkaufen“, sagt er. Angebaut werden Weizen, Gerste, Roggen und Raps. Einkauf der Betriebsmittel und Verkauf der Ernte laufen über eine Kooperative, der er angeschlossen ist. Diese hat auch eine Getreidetrocknung und Lagerflächen. In den letzten drei Jahren wurde die Ernte im Herbst verkauft. 2013 bekam er für Brotweizen umgerechnet 228 Euro pro Tonne, für Futterweizen 157 Euro und für Raps zwischen 384 und 413 Euro.

Ein Teil des Getreides wird als Futter für die eigenen Tiere verwendet. Iveta Zadinsh hält seit vielen Jahren neben schwarzbunten Holsteinern auch „Blaue und Braune Lettländische“ Milchkühe. Die „Blauen Lettländischen“ sind ihr besonders wichtig. Es gibt insgesamt nur noch 600 Tiere und es wird angenommen, dass die Rasse aussterben wird, weil die Bullen, die jetzt vorhanden sind, zu eng verwandt sind. Die Bäuerin ist in einem Arbeitskreis, der die Halter bei der Zucht unterstützt.

Das liebe Vieh

Die Kühe sind behornt und stehen in Anbindehaltung. Wenn der Auslauf zu nass ist, bleiben sie im Stall, sonst sind die Tiere täglich draußen. Sie geben im Schnitt 8.000 l Milch/Jahr und bleiben ca. sieben Jahre auf dem Betrieb. Bei den „Blauen Lettländischen“ sind es ca. 7.000 l/Jahr. Sie erhalten je nach Leistungsstufe bis zu sechs kg Kraftfutter/Tag, Mikroelemente, Heu und Silage. Der Betrieb hat vor zehn Jahren die



...das Ehepaar Zadinsh schon zu denen gehört, die als „groß und gut produzierend“ gelten.

Fotos: Thomsen

Milchkammer modernisiert, einen größeren Tank und eine Rohrmelkanlage eingebaut. Die Milch geht an eine Molkerei in Dundaga. Diese existierte auch schon zu Sowjetzeiten und wird heute als Kooperative betrieben. Alle Lieferanten sind Mitglied und könnten theoretisch den Milchpreis mitbestimmen, praktisch aber nicht. Zurzeit werden ca. 31 bis 32 Cent pro Liter gezahlt. Der durchschnittliche Preis in Lettland beträgt 35 Cent/Liter. Die Molkerei hat bisher keine Möglichkeit gefunden, Käse oder Sauermilchprodukte zu ex-

portieren, nur dadurch wären höhere Auszahlungspreise möglich. „Wenn wir mehr Milch hätten, würden wir wohl eine andere Molkerei suchen, aber uns es auch wichtig, in dieser Kooperative zu bleiben“, sagt Zadinsh und antwortet auf die Frage, wo er seinen Betrieb in fünf Jahren sieht: „Ich bin Optimist. Dann haben wir die Traktoren, die wir brauchen.“

Astrid Thomsen, freie Journalistin aus Kiel, athomsen@web.de

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft - 22,00 € 2013 Schwerpunkt: Agrarreform- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. [www. Der.kritische.Agrarbericht.de](http://www.Der.kritische.Agrarbericht.de)

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Cartoons rund um die Kartoffel....

- 9,80 € - Linda und Konsorten
- 9,80 € - Linda prall im Leben

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 €, gewerbliche Kleinanzeigen 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- € Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für 85 November ist der 15. Oktober 2014.**

Hof und Arbeit

• **Bauernfamilie mit Kindern** für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Erfahrung in Käseerei wäre schön. ☎ 037754-75578 (Sommer) oder ☎ 037754-2213 (Winter) bitte nach 19 Uhr anrufen, mehrmals versuchen. jguelde@t-online.de

• **Christiansens Biolandhof**, Freiland Gemüsebaubetrieb, 100 ha, sucht für die Mitarbeit ab März 2015 eine/n Gemüsegärtnermeister/in, eine/n Gemüsegärtnergesellen/gesellin und eine/n L.T.A. Pflanzenzüchtung für die Mitarbeit im Projekt Saatgut. Info unter www.christiansens-biolandhof.de. Bewerbungen bitte schriftlich an: Heinz-Peter Christiansen, Kamper Weg 6, 24887 Silberstedt.

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

• **Ackergeräte zu verkaufen.** Anbaumethode nach Turiell, bestehend aus Dammgerät, Unkrauthacke und Sämaschine, Preis VHB, zu besichtigen bei: Hans-Peter Becker, Hof Rhoda 1, 35116 Hatzfeld/Eder ☎ 06467-85050 oder 015156247093

• **Obstbäume** in historischen und bewährten Sorten für den Garten und die Streuobstwiese. Holunder-Stämmchen 'Haschberg' Bioland-Baumschule PFLANZLUST
Infos: www.biobaumversand.de

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



ETL | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Steuerberater
Dr. Marcel Gerds

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrart@etl.de
Web: www.marcel-gerds.de
www.facebook.com/fpwittenberg



2. Futtermitteltag

Dienstag, 4. November 2014, 10.00 Uhr



- Globale Herausforderungen - Regionale Ansätze -
- Politische Handlungsfelder -

AbL und Germanwatch laden ein zu einem Forum mit Vorträgen und Diskussion mit den Schwerpunkten: Internationaler Handel, Erfassung und Vermarktung von gentechnikfreien Eiweißfuttermitteln und Anforderungen an die Agrarpolitik
Heinrich von Kleist Forum (gegenüber Hbf), 59065 Hamm
Infos: www.vom-acker-in-den-futtertrog.de
Anmeldung: Tel.: 02381-90 53 170, email: dahlmann@abl-ev.de

Veranstaltungen

„Wir haben es satt“-Kongress 02. - 10.10.2014, Berlin
Diskutiere mit uns über die Landwirtschaft und das Essen der Zukunft!

Alle weiteren Informationen und Anmeldung www.wir-haben-es-satt.de

Mulchgarten-Seminar

18.10.2014, Kirchboitzen, 9.30 Uhr
Heinz Zündorf und Wilfried Stegmann stellen eine arbeitssparende und ressourcenschonende Methode der Gartenarbeit vor. Neben dem Humusaufbau birgt die Methode Erosionsschutz, wirkt gegen den Unkrautdruck und der Wasserverbrauch wird deutlich herab gesenkt.

Veranstaltungsort: Kirchboitzen Nr. 143 (bei Walsrode) Halbtägiges Seminar, Teilnahmegebühr 20 € . Anmeldung unter Tel. 05166-1243 oder Tel: 05162-5125

TTIP und Ceta

23.10.2014, Kiel, 19.30 Uhr
Das Bündnis „Meine Landwirtschaft Schleswig-Holstein“ lädt zu einem Informationsabend ein, bei dem diese Abkommen am Beispiel Landwirtschaft und Verbraucherschutz thematisiert werden und die Betroffenen zu Wort kommen.

Außerdem wird die bundesweite und europäische Bewegung gegen diese Abkommen vorgestellt und die ablehnende Haltung der

EU-Kommission gegen den Bürgerwillen in Europa thematisiert. Mit fadenscheinigen Argumenten hat die EU-Kommission im September die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) abgelehnt, obwohl 240 europäische Organisationen dahinter stehen. Die Antwort dieser Bewegung wird eine eigene Bürgerinitiative sein. Wie Bürgerinnen und Bürger diese unterstützen können, erfahren Sie auf der Veranstaltung.

Ort: Ratssaal im Rathaus, Fleethörn 9, Kiel

Soja verbindet

24.10.2014., Ulsenheim, 20 Uhr
Durch die Globalisierung sind wir mit Bäuerinnen und Bauern auf der ganzen Welt verbunden. Diese Auftaktveranstaltung will Familienbetriebe aus Brasilien und Bayern zusammenbringen und die Möglichkeit der Partnerschaft diskutieren.

Hillenbrands Lindhof, Ulsenheim bei Uffenheim, Infos und Anfragen: Angela Müller, Tel.: 07932-605990 angela.mueller@mission-einewelt.de

Bienen auf Bauernhöfen

24. - 25.10.2014, Paterzell
Ein Kurs zur einfachen Bienenhaltung in der Landwirtschaft. Es werden die Grundlagen der Bienenhaltung und die notwendigen Handgriffe im Jahreslauf vermittelt.

Ort: Hotel Eibenwald, Peißenberger Str. 11, 82405 Paterzell, Teilnahmegebühr 125,- (zzgl. Verpflegung und Übernachtung). Anmeldung: Stiftung Ökologie & Landbau, Gut Hohenberg 1, 76855 Annweiler-Queichhambach info@gut-hohenberg.de, Tel: 06346-928555

Demo gegen Patente

27.10.2014, München, 9 - 16 Uhr
Anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Europäischen Patentamtes (EPA) zu Patenten auf Brokkoli und Tomaten rufen die Koalition „No Patents on Seeds!“ und weitere Organisationen zu einer öffentlichen Demonstration vor dem Europäischen Patentamt in München auf.

Treffpunkt: Europäisches Patentamt, Erhardtstrasse 27/ Bob van Benthem Platz 1, München

Kälberhaltung bei der Mutter

28.10.2014, Braunschweig, 10 Uhr
Informationsveranstaltung zur „Muttergebundenen Kälberaufzucht“

Ort: Forum des Thünen-Instituts, Bundesallee 50, Braunschweig. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung: tasja.kaelber@ti.bund.de

Agro-Gentechnik Tagung

28. - 29.11.2014, Stuttgart
Das Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg veranstaltet die Tagung „Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg sichern! - Vernetzung, Weiterbildung und Märkte“ und lädt hierzu alle am Thema interessierten Menschen nach Stuttgart ein.

www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de, Ort: Jugendherberge Stuttgart, Haußmannstraße 27, Stuttgart, Anmeldung und Infos: Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg, Schelztorstr. 49, 73728 Esslingen, Tel.: 0711/550939-47, Fax: 0711/550939-50, info@gentechnik-freie-landwirtschaft.de

1. Thüringer Landfilmfestival auf Schloss Tonndorf
11. Oktober 2014
Kino im Kuhstall, Schlossführung, Besichtigung der Imkerei, Diskussionsrunde mit dem Regisseur Tobias Müller
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, Anmeldung unter kultur@schloss-tonndorf.de oder 036450- 44 68 89,

AbL Die AbL NRW sucht zum 01.12.2014 oder später eine/n

Projektleiter/in ‚Vom Acker in den Futtertrog‘
Leguminosenanbau, Vermarktung und Verwertung in NRW
Aufgaben:
Begleitung von Leguminosenanbau auf unterschiedlichen Betrieben, Beratung / Untersuchen der Wirtschaftlichkeit, Einsatzmöglichkeiten von heimischen Leguminosen als Futtermittel, Wirtschaftlichkeit des Ersatzes von Exporteiweiß, Möglichkeit und Chancen von Leguminosenfruchtfolgen, Eiweißfutter-Börse in NRW betreuen, Fachtagungen zu Leguminosen mit der AbL organisieren

Wir erwarten:
Abgeschlossenes landwirtschaftliches Studium (Uni oder FH)
Gute landwirtschaftliche Fachkenntnisse und Interesse an bäuerlicher Landwirtschaft

Die Stelle ist bis zum 31.12.2015 befristet. Bewerbungen bitte bis zum 01.11.2014 an die Geschäftsstelle der AbL Hamm
AbL Landesverband NRW, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381-90 53 170 email: nrw@abl-ev.de

AbL **Herbsttagung der AbL Niedersachsen**
Sonntag, 26. Oktober 2014, 10.00 Uhr

10.00 Uhr Eiweißfutter aus Niedersachsen – Chancen und Perspektiven des heimischen Anbaus, der Verarbeitung und Vermarktung, Greeningoptimierung, Eiweißblücke in der Monogastrierfütterung, Vorfruchtwirkung?!

Gasthof Deutsches Haus, Hauptstr. 114, 31171 Nordstemmen
Unkostenbeitrag: 25,- € inkl. Getränke und Mittagessen
Ermäßigung kann auf Anfrage gewährt werden
Kontakt und Anmeldung: Eberhard Prunzel-Ulrich oder kaesehof@t-online.de

14.00 Uhr Betriebsbesichtigung bei Jan Wittenberg
Leunisstr. 3, 31171 Mahlernten.
Futtermittelaufbereitung am Beispiel Soja.
Gerecht werden Kaffee und Kuchen

Tagung und Bundesmitgliederversammlung in der evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald

Herbsttagung der jungen ABL
20. - 21. November 2014

**Bäuerliche Zukunftslandwirtschaft sichern
Impulse von Bäuerinnen und Bauern,
Gesellschaft und Wissenschaft**
21. - 23. November 2014

Podiumsdiskussion am Freitag Abend, 19.15 Uhr:

- Bäuerinnen und Bauern diskutieren mit
- Mathias Grefarth (Publizist, u.a. Die Zeit, taz),
- Valentin Thurn (Filmemacher, u.a. "taste the waste"),
- Professor Rheinhard Pfriem (Universität Oldenburg)

Beginn der MV: Freitag, 21.11.2014, 15.00 Uhr, Ende der MV am Sonntag morgen.
U.a. mit einer Strukturdiskussion für eine bäuerliche Interessenvertretung, Markt der bäuerlichen Aktivitäten, Diskussionsforen zu aktuellen Themen, Bundesmitgliederversammlung am Samstag ab 13.30 Uhr u.a. mit turnusgemäßer Wahl zum Bundesvorstand.

Antragsschluss für die Mitgliederversammlung ist der 14. Oktober 2014.
Alle Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung. Das ausführliche Programm und Anmeldeformalitäten findet Ihr in der November-Ausgabe der "Bauernstimme".

ABL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnhs.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.de; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud

Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:

Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;

Druck: lensing druck, Münster

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle: Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren: Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft: Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“: Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de

Eiweißfutter aus Niedersachsen Anika Berner, Tel.: +49 (0)175 - 9374032, anika.berner@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

ABL Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro

Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro

Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen

Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro

Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro

Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092

nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Neu im Dorf: Der Rautenbachhof

In Ordnung, ich schreibe, weil ihr einfach nicht dazu kommt. So ist das also, wenn zwei sich zusammen-tun und einen alten Hof kaufen. Gesucht haben wir alle zusammen, aber den Mut und die Entschlossenheit hatten letztendlich ihr und somit hat der alte Hof mit der schönen Adresse „Am Gänsemarkt“, mitten im Dorfkern von Blickershausen, im Sommer 2013 neue Besitzer bekommen. Und neues Leben. Das war das Gefühl als ich das erste Mal zu Besuch kam, nachdem Anneke und Flo sowie die Mieter Philine und Geisi eingezogen waren: dieses Haus atmet tief ein und aus, es ist lebendig. Anneke hat mich gleich verstanden. Mit zwei Familien mit Kindern und den Umbauten, mit größeren Räumen und viel hin und her ist hier ordentlich was los. Ein bisschen verwundert und staunend aus den Ecken geguckt wird es wohl auch haben. Zuletzt hat hier Klaus gewohnt. Der hat nur noch eine Etage genutzt und war höchstwahrscheinlich um einiges ruhiger. Und viel renovieren oder verändern konnte er nicht mehr. Klaus ist hier alt geworden und gestorben. Geboren ist er hier auch. Sein Bruder und seine Schwester haben sich gefreut, dass junge Leute diesen Hof haben wollen, sogar mit der Idee wieder zu wirtschaften. Damwild haben die beiden Brüder bis zuletzt gehalten und direkt vermarktet. Das Grünland war also gleich zu pachten. Weitere Flächen aus der Umgebung kamen nach und nach dazu – oft so frickelige Ecken halt mit alten Obstbäumen, die eher nerven, wenn man große Maschinen hat. Glück für so Kleinbauern. Wunderschön sind diese Ecken jedenfalls. Und unerwarteter Weise gibt es sogar Ackerflächen! Nun kann Flo endlich auf eigenen Flächen seine Kulturen anbauen. Mittlerweile ist die dritte Sonnenblumenenernte gelaufen und dieses Jahr ist noch Schwarzkümmel dazu gekommen. Manchmal verliert ihr es aus den Augen, weil einfach so viel zu tun ist, dass die Liste niemals kürzer wird: aber es ist schon unglaublich viel passiert!

Es ist Wohnraum entstanden, zwei getrennte Wohnungen für die beiden Familien. Dafür

mussten u.a. Balken ersetzt, Wände gedämmt und verputzt, Decken freigelegt, Fußböden geschliffen und Leitungen verlegt werden. Zwischendurch wurden Sonnenblumen und Schwarzkümmel gesät und später gehackt. Zur Selbstversorgung blüht und sprießt es rund um das Haus und im selbst angelegten Gemüsegarten von Philine. Für die Beweidung des Grünlands wuchs die Pferdeherde unter Annekes Obhut auf sieben Tiere, von Pony bis Kaltblut, an. Zaunbau, Freischneiden und Wasserfahren steht immer wieder auf dem Tagesprogramm. Auch zwei Heuernten für die Winterversorgung gingen über die Bühne, nur ein kleiner Teil landete wetterbedingt als Silage in Folie. Die meisten Arbeiten wurden mit Schleppern und Maschinen von Nachbarn oder Freunden erledigt, während unser gemeinsamer gebrauchter Trecker Jochen, ein IHC 744 Baujahr 1979 (und damit der Hofälteste), viel Zeit in der Werkstatt verbracht hat. Zumindest das Heuwenden hat er zwischendurch brav mitgemacht. Ein tolles Gefühl war

das, oben am Hang bei schönstem Sonnenschein Kreise zu ziehen und dabei die Aussicht über das Werratal zu genießen. Und vor ein paar Wochen hat Jochen zusammen mit einem Claas Anhängemähdrer und einer ganzen Schar Helfer und Schaulustiger die Schwarzkümmelernte bewältigt. Das Erntegut ist ein Geruchserlebnis und liegt nun erstmal in der selbstgebauten Trocknung auf dem Zwischenboden bevor es in die Reinigung geht.

Und die Pläne nehmen kein Ende – als nächstes wird der Hühnerwohngarten fertig, und wenn der Auslauf greifvogel- und bodenraubtiersicher ist, dann können die ersten Hühner einziehen: 20 französische Bressehühner, eine Doppelnutzungsrasse und zum Glück fremsprachenbegabt. Und dann steht auch schon wieder die neue Anbausaison an, diesmal auf den eigenen Flächen und vielleicht mit einer weiteren neuen Ackerkultur. Weil hier mehrere Herzen für Milchkühe schlagen, wird außerdem momentan die Möglichkeit ausgelotet, wie der Aufbau einer Kleinstherde

mit zunächst wenigen Tieren wirtschaftlich möglich sein könnte. Überhaupt, die Vermarktung: Dieses Jahr wurden Jungpflanzen oder Überschüsse aus dem Garten einfach am Straßenrand auf Spendenbasis direkt verkauft, die Sonnenblumenkerne finden ihren Absatz im regionalen Biogroßhandel. Mit ein paar mehr Produkten ließe sich die eigene Vermarktung langsam ausbauen – wie das konkret aussehen kann, ist noch im Denkprozess. Eine der angedachten Möglichkeiten ist auch ein gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften nach dem Konzept der Solidarischen Landwirtschaft. Bisher wird Geld hauptsächlich außerhalb vom Hof verdient, auf Dauer soll aber zumindest ein Teileinkommen aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit stammen. In all diesem Neuen bin ich dabei, meinen Platz als nomadische Redakteurin zu finden – mal ängstlich, mal gespannt, was das wird. Hatte ich erwähnt, dass recht viel zu tun ist?

Christine Weißenberg für Anneke Jostes und Florian Fierz



unabhängige **Bauernstimme: alteingesessen**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
 - per SEPA-Lastschriftmandat
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221